

Er scheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummern mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal, Unterdruckband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltungs-Verordnung für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Bestimmung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Garnspruch-Anstalt: Amt 1. Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Dienstag, den 19. Juli 1892.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

### Postalische Sparsamkeit.

Ein Beitrag zu den nächsten Etat-Debatten.

Uns wird geschrieben: Von den traurigen Verhältnissen des unteren Postbeamtenstandes, der zur Klasse der Postassistenten gehörenden Beamten sowie der Postunterbeamten, legen die in der Neuzeit häufiger in der Presse erscheinenden Mittheilungen bereites Zeugnis ab. Sie sind aber auch ein vollgiltiger Beweis dafür, daß das Verständnis der ungeheuerlichen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft immer weitere Kreise dieser Beamtenstufen ergreift. Nur ein Blinder, und zu den Sehenden scheint Herr von Stephan hierin nicht zu gehören, kann sich über die Stimmung dieser Kreise täuschen.

Ueber diese fortwährende Blindheit wollen wir aus dem uns zu Gebote stehenden Stoffe heute nur Folgendes bringen:

Magdeburg, den 16. Juni 1892.

I 10578.

Es ist neuerdings mehrfach vorgekommen, daß jüngere Beamte (Postgehilfen) ihre Versehen von den jeweiligen Amts-orten mit der Begründung nachgesehen haben, es sei ihnen der Theuerungszustand halber nicht möglich, ihren Lebensunterhalt aus den gewährten Tagelöhnen zu bestreiten. Der Grund für die letztere Erscheinung dürfte weniger in der Unzulänglichkeit der Tagelöhner, als darin zu suchen sein, daß die betreffenden ihre Lebenshaltung dem Dienstlohn anpassen und namentlich für Wohnung und Beköstigung einen zu hohen Aufwand machen.

Insondere scheinen die Ausgaben für die Beköstigung in denjenigen Fällen, wo die Mahlzeiten in Gasthäusern eingenommen werden, einen über das richtige Verhältnis hinausgehenden Betrag des Dienstlohnens in Anspruch zu nehmen.

Eine Verminderung der bez. Ausgaben wird zu erreichen sein, wenn die jungen Beamten in Privathäusern ein Unterkommen finden können, wo ihnen für eine monatliche Vergütung von 35-45 M. neben der Wohnung eine Beköstigung gewährt wird. Es verbleibt den Beamten alsdann selbst bei dem geringsten Tagelohn von 2 M. ein Betrag von 15 bis 17 M. monatlich, welcher zur Befriedigung der übrigen Lebensbedürfnisse als ausreichend erachtet werden muß, vorausgesetzt, daß die Beteiligten ihre Ansprüche den Einkommensverhältnissen entsprechend einzuschränken wissen.

Ich veranlasse die Herren Amtsvorsteher, die in Betracht kommenden jungen Beamten von dem Inhalte gegenwärtiger Verfügung in Kenntnis zu setzen und den Beteiligten bei der Ermittlung von Familien pp., welche zur Aufnahme junger Beamter in Kost und Wohnung geeignet und bereit sind, erforderlichenfalls persönlich mit Rath und That zur Seite zu stehen.

Ueber das Ergebnis der beschriebenen Bemühungen der Herren Amtsvorsteher wollen die kaiserlichen Kommissare pp. in der ersten Hälfte des Monats September berichten.

Der kaiserliche Ober-Postdirektor. Rehbock.

An die Postämter I und II, Telegraphenämter Magdeburg und Halberstadt.

### Feuilleton.

Abdruck verboten.

[10]

### Das schlagende Wetter.

Roman von Maurice Talmeyer. Uebersetzt von B. und H. G.

Er fürchtete sich ebenso, Babette nach solchen Angelegenheiten zu fragen, wie Babette sich fürchtete, von ihm befragt zu werden. Er fragte nicht weiter, sagte gute Nacht und folgte ihr schweigend mit den Augen, als sie sich in ihr Zimmer zurückzog. Dann als sie fort war, und er sich allein sah, überkam ihn eine tiefe Traurigkeit. Er betrachtete sich das Zimmer, die Lampe, den Ofen, von dem ein melancholisches Geräusch ausging, und mitten aus all diesen Sachen hervor, die unser „Daheim“ bilden, und aus denen in gewissen Augenblicken ganz leise die Stimme häuslichen Wohngens zu uns spricht, schien ihm noch ein dunkles Ereignis sein Leben zu bedrohen, mit dem wieder das Unglück bei ihm einkehren wollte.

In der Nacht schlief er unruhig. Am nächsten Morgen ging er wie gewöhnlich frühzeitig nach der Grube. Im Walde überholte ihn eine Gruppe von Bergleuten, und er bemerkte, daß sie ihn alle von der Seite ansahen und sich einer nach dem andern rascher als sonst entfernten. Das kam ihm sehr sonderbar vor.

Kostbar ist dieses Schriftstück; bezeichnend, — wenn man nicht einen anderen Ausdruck gebrauchen dürfte, die Worte, daß der Grund der Nichtbestreitung des Lebensunterhalts . . . „weniger in der Unzulänglichkeit der Tagelöhner, als darin zu suchen sei, daß die betreffenden ihre Lebenshaltung dem Dienstlohn anpassen verstehen und namentlich für Wohnung und Beköstigung einen zu hohen Aufwand machen“ (von monatlich 60 — sechzig — Mark einen zu hohen Aufwand machen!).

Wenn die unteren Beamtengruppen hungern, wenn der Verdienst nicht langt, wenn eine Unterbilanz zu verzeichnen ist, so liegt es nach der Ansicht der auf jeder Reiche Betten sanft ruhenden Bourgeois stets einzig und allein nur daran, daß die betreffenden ihre Lebenshaltung dem Einkommen nicht anpassen verstehen. Das ist sehr einfach gesagt; aber ein kaiserlicher Ober-Postdirektor sollte doch wissen, was Kost und Wohnung anbetrifft, ein Deruntergehen unter einen gewissen Punkt der Lebenshaltung nicht möglich ist, ohne den Hungerrufen enger zu schnallen. Warum spricht Herr Rehbock dies nicht ganz offen aus? Warum zieht er um diesen Ausdruck herum? Warum sagt er am Ende des dritten Absatzes nicht ganz einfach: . . . vorausgesetzt, daß die Beteiligten — zu hungern verstehen?

Daß die Zeiten sich geändert haben, daß, während früher der für Wohnung und Kost ausgeworfene Betrag ausreichte, dies heute nicht mehr, oder nur in sehr seltenen Fällen und auch dann nur auf Kosten des Körpers möglich ist, das zu bedenken fällt Herrn Rehbock nicht im Traume ein. Sind ihm Gerichtsverhandlungen, wie in Dresden und in neuerer Zeit in Elberfeld, die eine namenlose Fülle gesellschaftlichen Elends im unteren Postbeamtenstande zu Tage förderten, ein Buch mit sieben Siegeln? Es mangelt nach seiner Ansicht einzig und allein nur an der Fähigkeit, die körperlichen Bedürfnisse dem Einkommen anzupassen. Wahrlich, wir müssen gestehen, vor der Höhe der sich in diesen einfachen Worten kundgebenden wirtschaftlichen Weisheit stehen wir gebeugt.

Würdig reiht sich der Anspruch, daß „ein Betrag von 15-17 M. monatlich zur Befriedigung der übrigen Lebensbedürfnisse ausreichend sei“, den vorerwähnten Ausführungen an. Für Kleidung (doppelte, Zivil und Uniform), Stiefel, Wäsche, Portokosten, geistige Nahrung und — last not least (das Letzte, nicht Geringsste) — für Förderung des Jungferneheims — Pardon Töchterhort — alles in allem — — 15-17 M.!! Allerdings, wenn Herr Rehbock ein so ausgezeichnetes Defonon ist, daß er selbst mit diesem winzigen Betrage seine „übrigen“ Bedürfnisse zu befriedigen im Stande ist, dann haben wir ihm Unrecht gethan. Aber so lange er uns den Beweis dafür schuldig bleibt, so lange erlaubt er uns wohl, bei unserer entgegengekehrten Ansicht zu bleiben und seine Kenntniß der sozialen Verhältnisse und Bedürfnisse seiner unteren Beamten für eine nicht ausreichende zu halten.

Schon lange ist es das Bestreben der Postverwaltung, möglichst billiges Menschenmaterial sich zu verschaffen und zu erhalten. Den Dienst, den die Sekretäre machen, verrichten die Assistenten ja ebenso gut, — und billiger. Deshalb also den Assistenten die Berechtigung zur Ab-

legung der Sekretärprüfung geben, wie sie den Militäramvätern zugestanden wird? Aber auch dies genügt der Postverwaltung noch nicht. Auch Assistenten sind noch zu theuer und die Verwaltung ist dazu übergegangen, mehr mechanische, aber den eigentlichen Beamten vorbehaltene Beschäftigungen Unterbeamten zu überweisen. So werden seit einigen Jahren die Drucksachen in der Drucksachen-Abfertigungsstelle beim Briefpostamt in Berlin von Beamten und Unterbeamten gemeinschaftlich bearbeitet, d. h. in der Weise, daß Beamte und Unterbeamte sich in die Dienstgeschäfte gleichmäßig theilen. Diese Neuregelung konnte getrost durchgeführt werden, denn das städtische Unterbeamtenpersonal repräsentirt eine Intelligenz, die es befähigt, (bei der Arbeitstheilung in den großen Städten) manche Beamtenbeschäftigung mit Erfolg wahrzunehmen. Und schließlich ist dies auch ein Weg, den begabteren Unterbeamten das Einrücken in bessere Stellen zu ermöglichen. Aber wenn man diese Maßregel im Interesse der Unterbeamtenklasse nur begrüßen kann, so sollte hieraus für die Postverwaltung sich auch die Konsequenz ergeben, andererseits den Assistenten, — schon in Rücksicht auf die durch die Einrangirung der Unterbeamten erfolgte Beschränkung der Beamtenstellen — ein Gebiet zu erschließen, auf dem diese Kategorie ihrerseits ihre Fähigkeiten bethätigen und vermöge dessen bessere Stellen erlangen könnte: „wir meinen die fakultative Postsekretär-Prüfung“. Geht die seit einiger Zeit im Assistentenstande offen zu Tage tretende Bewegung aus den elenden Verhältnissen desselben hervor, ist das Streben nach Rangeshöhung kein Haschen nach äußeren Ehren, ist mit einem Worte diese Bewegung eine ökonomische, und das ist sie, so wird die Behörde wohl oder übel sich zu einer im wahren Sinne des Wortes zeitgemäßen Reform in angebotener Richtung entschließen müssen. Wenn sie glaubt, durch Palliativmittel, z. B. durch Errichtung einer neuen Blockstation, der Betriebssekretär-Charge, den Assistentenstand in eine neue Zwittrstellung zu versetzen und dadurch die Bewegung hemmen oder unterdrücken zu können, dann irrt sie sich gewaltig. Doch dies nur nebenbei!

Was den Unterbeamten mit der Verrichtung dieser höheren Thätigkeit unbedingt zugestanden werden mußte, was sie bei allerbescheidenstem Sinne zu fordern berechtigt sind, das wäre eine Erhöhung ihres Einkommens. Während den anderen im Sortirbureau verwendeten Unterbeamten doch noch eine, allerdings ganz geringfügige pekuniäre Vergünstigung, — den angestellten monatlich 10 M., den nicht-angestellten 15 M. — geboten wird, wird den in vorerwähnter Drucksachen-Abfertigungsstelle in Beamtenstellen verwendeten Unterbeamten diese so lächerlich geringe Gehaltserhöhung nicht gewährt.

Herr von Stephan's Sparsamkeit ist bekannt. Bekannt sind die Ueberschüsse, die sein Ressort abwirft, die aber in der Hauptsache durch mangelhafte, ungenügende Besoldung der unteren Beamtenkategorien, durch Verfassung ganz einfacher, humaner Reformen hervorgerufen werden; bekannt ist das Wohlwollen, mit dem den Unterbeamten ein Erholungsurlaub nicht gewährt wird,

sich auch sehen ließ, er glaubte überall auf seinem Wege sehr deutlich den Spott zu bemerken und wühlte ihn selbst hervorlugen zu sehen zwischen den Vorhängen, die an den Fenstern aufgezogen wurden, wenn er auf der großen Straße von der Grube her heimkehrte, denn durch die Gassen des Dorfes wagte er nicht mehr zu gehen.

Jacquemin fiel aus einer Beunruhigung in die andere. Der neue Weg, den er machte, nöthigte ihn, an dem Gäßchen vorbeizugehen, in welchem Ohilaine wohnte. Gewöhnlich war dieser Theil des Dorfes verlassen. Gleich am ersten Abend hatte er Herrn Grellepois hier getroffen; ebenso am nächsten Tag und an einem der folgenden Tage nahm er wahr, wie der Schankwirth in die Sackgasse ging und die Richtung nach der Wohnung der Blödsinnigen einschlug.

Daß dieser Mensch um die elende Behausung herumstrich, löste ihm Furcht ein. Indessen hatte er seit beinahe fünf Monaten eine gewisse Sicherheit gewonnen in Bezug auf das in düsterer Tiefe begrabene Geheimniß, auf welches sein Leben aufgebaut war, wie auf unaussprechbaren Kataomben.

Das Zusammentreffen mit dem Schankwirth Grellepois erschütterte dieselbe zwar nicht völlig, nichtsdestoweniger beunruhigte er sich darüber. Jener war ein Feind, der ein Interesse daran hatte, ihn zu verderben. Das Auftauchen dieses schlechten Menschen in seiner Nachbarschaft, die Unruhe, die er verursachte, die Sorge, die er erregte, die unwillkommene Begegnungen hier.

Im Mai sind hier in der Gegend oft schon die Abende

bekannt, wie eifrig die Postverwaltung sich bemüht, dem österröcherischen gegebenen Beispiele der Regelung der Nachdienst-Gebühren nicht zu folgen. Bekannt ist das Alles. Aber bekannt ist auch, wie andererseits mit dem Gelde nicht gespart wird, wenn es sich um die Aufregung der Verbandsangehörigen handelt, oder wenn Herr Ministerialdirektor Sachse Dienstreisen bis nach den Küsten des Stillen Ozeans macht. Und bekannt ist noch manches Andere.

Wir wundern uns über all diese Verhältnisse nicht. Wir sind nur neugierig, zu wissen, wie lange Herr von Stephan diese Zustände, bei denen Assistenten und Unterbeamte die Gasse bezahlen, weiterzuführen gedenkt, wie lange man von seiner so „fruchtbringenden“ Thätigkeit noch wird sagen können:

„Brahlend, zahlend, steht er da,  
Wenn man abschließt den Etat!“

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Juli.

Der Teufel. Munter führen unsere Gegner, recht gläubige Lutheraner und ultramontane Heißsporne, gegen uns den „Kampf mit geistigen Waffen“. Aus unserer reichen Sammlung sei heute ein Pröbchen kirchlicher Geisteskraft mitgeteilt. Es schallt heraus aus den „Stimmen am Rhein“ (Nr. 27 vom 15. Juli), (Ergänzungshäfte zum „Rheinischen Bauer“), herausgegeben vom „Rheinischen Bauernverein“. Redakteur ist der hochedle Freiherr Felix von Los. Da liest man (S. 421):

„Nein! Nein! Nicht der Lohn und nicht der sichere und bessere Erwerb von Brot, treibt in der Regel die Landarbeiter in die Stadt — wo bekanntlich fast allgemein Arbeitslosigkeit herrscht und geringerer und unsicherer Verdienst ist — sondern die Arbeitsfurcht und die Genußsucht, der Drang nach zielloser Freiheit und nach tausendfacher Vergnügen. Das aber wollen und dürfen die rothen Deher nicht sagen, weil sie für ihre schlechte Sache nur dann Anhänger gewinnen können, wenn sie, stets den niedrigsten Leidenschaften des Volkes schmeicheln. Nun! Der Teufel verfährt bekanntlich in derselben Weise, und der ist ebenso wenig unser Freund, wie es die rothen Volksbegleiter sind.“

Das Organ für Blutmorde und Demuniationen, die „Germania“, die im Prozesse Buschhoff eine so würdevollere Thätigkeit entfaltet, kann den von Los darüber belehren, wer „den niedrigsten Leidenschaften des Volkes schmeichelt“. Aber die Junker und Pfaffen, zu deren Ruh und Frommen die rheinischen Bauern — nicht mehr lange! — von den Los und Genossen am Karrenseil geführt werden, halten den Hunger und Durst, die Noth und das Elend, die schlechte Behandlung und die segensreiche Gesinde-Ordnung nicht für die treibenden Ursachen der Landflucht der ländlichen Arbeiterschaft. „Arbeitsfurcht“ und „Genußsucht“, das sind nicht etwa die hervorzuhebenden Tugenden jener blaublütigen und großbürgerlichen Nichtsthner, die vom Schweiß und Blut der Arbeiter leben, sondern des darben und sich abradierenden Landvolks. Und zum Schluß eine bescheidene Frage: Ist der „Teufel“, der Herrn von Los so sehr zuwider, gar der Teufel des Vater Aurelian, des würdigen Klosterbruders von Wendling? —

Der angeschwärmte Volke. Das nachstehende erbauliche Gedichtchen, das die Kunde durch die bürgerliche Presse macht, kennzeichnet unser deutsches sich radikal gebärdendes Spießerthum vortrefflich. Am 5. Juli gab die Stuttgarter Bourgeoisie dem württembergischen König ein Fest. „Der Geheimrath Karl Volke“, heißt es nun, „der 1890 in Stuttgart volksparteilicher Reichstags-Kandidat war, fühlte das Bedürfnis, dem König mit echt demokratischem Männerstolz vor Königsthronen zu nahen, indem er sagte: „Majestät! Ich bin bei Ihnen angeschwärmzt worden, als ob ich Demokrat wäre. Ich bin aber kein Demokrat; ich bin Partikularist.“ Auf die Antwort des höchlich unangenehm berührten Königs: „Was meinen Sie damit?“ erklärte Herr Volke: „Ich meine, daß immer Württemberg in erster Linie kommen und seine Selbstständigkeit nicht angetastet werden soll.“ Darauf erwiderte der König mit scharf abweisendem Tone: „Ich bin kein Partikularist; dieser Begriff ist mir fremd, Württemberg vertritt ich!“

schön, und man kann im Dorfe Gruppen von Leuten begnügen, die nach dem Abendessen vor ihren Thüren plaudern. Jacquemin, der das Bedürfnis empfand, wie Alle, die die Unruhe verfolgt, sich zu zerstreuen, hatte die Gewohnheit anzugehen.

Er durchstufte Pont-sur-Sambre und gab Acht, was die Leute, die vor ihren Häusern standen, sprachen. Eines Abends hörte er ganz in seiner Nähe den Namen seiner Tochter zugleich mit dem Marceels aussprechen.

Es war dunkel und man konnte hören, ohne gesehen zu werden. Jacquemin lauschte voll Angst. Man zischelte und lachte zuweilen und hin und wieder drangen Worte an sein Ohr, die ihm den Schweiß auf die Stirn trieben. Jacquemin wartete im ersten Augenblick so, als wäre er mit der Brust an einen Balken angehängt und stand einige Sekunden unbeweglich da, als wäre er betäubt. Als er wieder zu vollem Bewußtsein kam, horchte er, noch niedergeschmettert und bleich, eine Weile hin. Man fuhr fort zu reden und zu lachen, aber er konnte nichts mehr unterscheiden als Heiterkeitsausbrüche über leise Erzählungen und jene halberstickten Schreie des Vergnügens, die man bei den Frauen auf dem Lande manchmal hören kann, wenn sie mit einander in der Stille des Dorfes plaudern. Er blieb wie angewurzelt fast eine Viertelstunde im Dunkel mitten auf der Straße stehen, dann schlich er leise von dannen, wie betäubt mit maschinenmäßiger Starrheit vor sich hinblickend.

Er ging langsam bis zur Sambre, und da sah er, wie er immerfort so vor sich hinstarrte, von Weitem ein Fenster in seinem Hause erleuchtet.

Loubeau war um diese Zeit bereits schlafen gegangen und hinter dieser hellen Scheibe harzte Babette. Der Vater blieb bewegt stehen. Das Herz ward ihm weich, als ihm aus dem dunklen Hause dieses sanfte Licht entgegenstrahlte, hier in der beruhigenden Abendstille am geräuschlosen Ufer.

Im Zimmer sah am Tisch unter der Lampe, über ihre Arbeit geneigt, das junge Mädchen und erwartete ihren Vater. Sie sah abgesspannt aus, ihre Gesichtsfarbe schien seltsam verändert und von der Seite her wie rötlich marmorirt. Ihre heißen Lippen zuckten, als ob sie gereint

Mit welchem Stolz die sieben Schwaben der Volkspartei auf den Brachtler Volke blicken müssen, der leider ihr Fähnlein nicht hat verstärken können, ihr Fähnlein, das vom Profosen der „Freisinnigen Zeitung“ einen Bruderschlag nach dem andern erhalten hat (!). Aus der pechschwarzen Schwärze der Anschwärzerei kommt der arme Volke in die Partikularisten-Tinte. Pech, nichts als Pech! —

Die Schmiere Bismarck auf der Wanderschaft. Ohne Beifalllärm kann der alte Komödiant von Friedrichsruh nicht leben. Nachdem eine von Zenoer Tigras-Heidern gefandte Abordnung ihn zu einem Besuche der thüringischen Universitätsstadt eingeladen hat, konnte er auch nicht fernbleiben. Begeisterte Bourgeois, verzückte Backfische, hysterische alte Weiber beider Geschlechter, unbemühte Studenten werden ihn anwedeln und hoch! schreien, das Volk wird abseits stehen oder dem „Säkularmenschen“ einen Empfang bereiten, wie im Juni zu München. Daß der als Politiker durchaus verdrehte, reaktionär-beschränkte Professor Häckel zu den Hauptmachern des Bismarck-Kummels gehört, ist ein Zeugniß dafür, wie ein ausgezeichneter Naturforscher, der für den wissenschaftlichen Fortschritt auf seinem Gebiete Großes geleistet, politisch eine komische Gestalt sein kann. Auch ein Beleg für den Atavismus, in's Sozialistische übertragen, d. h. hier für den Rückschlag eines Menschen mit modernen Ideen in's Stod-Reaktionäre. Aber der Koulissenreißer Bismarck karzt mit seiner Schmiere munter durch's Reich. Klatscht, Spießbürger, klatscht, „der größte Deutsche“ kommt. —

Französisches. Aus Paris wird uns unterm 15. Juli geschrieben: Gestern hat das offizielle Frankreich mit allem Pomp den Gedenktag des Bastillesturmes gefeiert. Am Vorabend ein glänzender Fackelzug vor dem prachtvoll illuminierten Pariser Rathhaus, am 14. Juli selbst die ganze Stadt besetzt, mitten zwischen den republikanischen tricoloren Abzeichen das absolutistische Banner der Romanoff's, große Parade der Truppen, zahlreiche Ordensverleihungen, Gratisvorstellungen in den Theatern, am Abend strahlende Illumination aller Gebäude, eine unübersehbare Menschenmenge auf den Straßen, Musik und Tanz im Freien bis spät in die Nacht hinein! Nichts ist versäumt worden, um die Feiern des Nationalfestes zu einer großartigen zu gestalten. Und doch ist den herrschenden Klassen die Freude wieder einmal vergällt worden. Das Gespenst des Klassenkampfes erhebt sich vor ihren Augen immer drohender. Schon im vorigen Jahre hatten die französischen Sozialdemokraten die Feiern des 14. Juli als eine Bourgeoisfeier bezeichnet und die Arbeiter aufgefordert, sich an derselben nicht zu beteiligen. Dieses Mal hat besonders ein Brief Aufsehen und Entrüstung in den Bourgeoiskreisen erregt, den vierzehn Gewerkschaften von St. Nazaire an den Maire der Stadt gerichtet haben. Dieselben erklären, die Sorge, den 14. Juli zu feiern, der Bourgeoisie überlassen zu wollen, da diese allein Vortheil aus der Eröffnung der Bastille gezogen habe; da sie sich jetzt noch für ebenso beeinträchtigt hielten wie im Jahre 1789, würden sie sich jeder Kundgebung enthalten und von nun an den ersten Mai als ihren einzigen Festtag anerkennen, den die Arbeiter der ganzen Welt dazu auserwählt hätten, um ihre Forderungen zu formulieren und um ihre Todten von Jourmies zu beweinen. Dieser Brief wirkte auf die Bourgeoispresse wie das rothe Tuch auf den Stier. Mit täppischer Wuth stießen die Soldschreiber der herrschenden Klasse über die Gewerkschaften her und schrien: die Arbeiter sagen sich von den freiheitlichen Ueberlieferungen der großen Revolution los und wollen zum „alten Regime“ zurückkehren. — Ein anderes Ereigniß, das die Bourgeoisie am Nationalfesttage arg verschmerzte, war die Eröffnung des internationalen Glasarbeiter-Kongresses zu Jourmies am 14. Juli. Das Erste, was die eingetroffenen Delegirten thaten, war ein Besuch des Kirchhofes, wo die Opfer des 1. Mai 1891 ruhen. — Die Pariser Central-Arbeitsbörse, die sich immer mehr zum Sammelpunkt der sozialistischen Bestrebungen entwickelt, hat sich ebenso wie die Arbeiterschaft von Jourmies von der Nationalfeier ferngehalten; die gleiche Nachsicht kommt von Marseille, wo die sozialdemokratische Stadtverwaltung offiziell ihre Beteiligung am Feste abgelehnt hat. — Der Nachfolger Cavaignac's im

Marineministerium, B u r d e a u, hat in letzter Zeit viel von sich sprechen machen; er war zum Berichterstatter der Kommission ernannt worden, welche ihr Gutachten über die Erneuerung des Privilegs der französischen Bank abzugeben hatte. Herr Burdeau war auf einmal zum eifrigen Verfechter des Privilegs geworden, nachdem er dasselbe noch vor kurzer Zeit heftig angegriffen hatte. Seine Haltung in dieser Angelegenheit verwickelte ihn in den bekannten Prozeß mit dem Antisemiten Eduard Drumont, der ihm vorwarf, er handele direkt im Auftrage Rothschild's. Drumont konnte für seine Behauptung natürlich keine juristisch zwingenden Beweise liefern und wurde wegen Ehrabschneidung verurtheilt. Bei der letzten Ministerkrise hatte sich Burdeau mit dem Schlichter von Fourmies, Coustauss, solidarisch erklärt und weigerte sich also, in das Ministerium Loubet einzutreten, als man Coustauss nicht mit aufnahm. — An den Neuwahlen für die Generalräthe werden sich die Sozialdemokraten überall beteiligen, wo ihre Kandidaten einige Aussicht auf Erfolg haben. Für diese Wahlen gilt das allgemeine direkte Stimmrecht; jedes Departement ist in eine Anzahl Kantone eingetheilt, deren jeder einen Vertreter wählt; diese Generalräthe haben dann die Verwaltung des Departements in ihrer Hand. Wie der Vorwärts schon mittheilte, ist Genosse Euline, der noch immer im Kerker schmachtet, einer der sozialdemokratischen Kandidaten. Besondere Aussicht auf Erfolg haben namentlich die Genossen von Marseille. In Calais haben die Sozialdemokraten beschlossen, diesmal von einer Wahlbeteiligung abzusehen, um so eifriger aber für die allgemeinen Abgeordnetenwahlen, welche im nächsten Jahre stattfinden, zu arbeiten. Der Generalrath des Seine-Departements besitz schon jetzt eine, wenn auch nicht direkt sozialdemokratisch, so doch revolutionär und arbeiterfreundlich gesinnte Mehrheit. —

Rittmeister Nerey. Wir haben erwähnt, daß der Rittmeister Nerey, welcher auf einer öffentlichen Versammlung erklärte, er würde nicht auf anständische Arbeiter einbauen lassen, die Uniform ausziehen müßte. Nerey ist kein junger Offizier, der sich die Langeweile des Garnisonlebens durch Neden zu verlarzen sucht. Er hat den Krieg von 1870 mitgemacht, wurde bei Soissons gefangen, entkam, kehrte zurück und socht auch bei Sedan. Einer Bauernfamilie entsprossen, hat er sich die Liebe zum Volke bewahrt. Diesem Gefühl hat er ehlich Ausdruck verliehen und dadurch sich eines Kommandos — unwürdig gemacht! Die „Bärischer Post“ (Nr. 161 vom 17. Juli) schreibt dazu: Major Labordère, welcher sich seinerzeit gegen eine Beförderung verlehnte, ist deshalb in die Kammer gewählt worden; es werden sich wohl auch Wähler finden, welche Rittmeister Nerey für den Verlust seines Dolmans mit einem Mandat entschädigen. Die radikale Presse hat sich Nerey's sehr lau angenommen und das ist bezeichnend. Als der deutsche Kaiser einer Schaar Rekruten auseinandersehte, sie hätten sich nur an seinen Befehl zu halten und wenn es sein müßte, auf ihre eigenen Familienangehörigen zu senern, da wälzte sich eine Fluth von grimmigen Angriffen und Sarkasmen durch die Pariser Blätter; nun, da ein französischer Offizier erklärt, er würde einer solch barbarischen Ordre nicht gehorchen, lassen sie ihn ruhig maßregeln. Die russische Freundschaft wirkt! —

Wahlrechtsreform in Belgien. Aus Brüssel meldet unterm 18. Juli das Depeschendureau „Derold“: Die Radikalen und Sozialdemokraten beschlossen gleichzeitig die Einbringung des Antrags Janson, das allgemeine Wahlrecht betreffend. Im ganzen Lande sollen Manifeste in großer Zahl verbreitet und Versammlungen veranstaltet werden, um die Kammer zur Bewilligung des allgemeinen Wahlrechtes zu zwingen. —

Dätlicher Dynamitarden-Prozeß. Wolff's Telegraphisches Bureau meldet unterm 18. Juli aus Dättich: Heute Vormittag 10 Uhr begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung des Prozeßes gegen die Anarchisten Moineau, Wolffs und 14 Mitangeklagte wegen der in den Monaten März bis Mai dieses Jahres begangenen Dynamitattentate. 24 Belastungs- und 80 Entlastungszeugen sind vorgeladen. Nach Auslosung der Geschworenen werden noch zwei Hilfsgeschworene ausgelost. Den Vorsitz führt Präsident Saurmanns, die Anklage vertritt Staatsanwalt Detrooz. —

hätte. Mit den kleinen zitternden Händen drehte und gerollte sie eine Nähnadel und über ihre Wangen hin ließen zwei bläulich leuchtende Streifen bis hinauf unter die dunklen Augenwimpern.

Sie hatte schon öfters nach der Wanduhr gesehen, als sich die Thür öffnete und Jacquemin eintrat.

Babette wandte sich ihrem Vater zu, schlug die Augen zu ihm auf und sah, wie erregt er war. Ihr Herz begann heftig zu klopfen und sie brachte kein Wort über die Lippen.

Jacquemin setzte sich indessen, ohne etwas zu sagen, neben den Ofen. Eine Zeit lang herrschte in dem kleinen Zimmer ein unheimliches Stillschweigen, dann fuhr Jacquemin seine Tochter an:

Künftig, Babette, wirst Du nicht mehr allein aus dem Hause gehen.

Seine bebende Stimme klang bei diesen Worten so streng, daß es Babette eisk durchschauerte. Im ersten Augenblick sagte sie nichts, dann stammelte sie erröthend:

Wie soll ich die Einkäufe für die Wirtschaft besorgen?

Jacquemin antwortete nicht; sie warf einen schreckserfüllten Blick auf ihren Vater. Seit dem Zusammentreffen mit Marcel war es Babette ganz wunderbar zu Muth, sie fühlte sich so wiedergeschlagen und unbegreiflich, sie war zuweilen so wehmüthig gestimmt und Nachts hatte sie schreckliche und doch so süße Träume.

Einen Augenblick empfand sie ein tiefes Weh, dann ging sie zu ihrem Vater und in Schluchzen ausbrechend legte sie ihren Kopf auf seine Schulter.

Babette, was hast Du gethan? fragte er. Neulich Abend hast Du im Walde Herrn Marcel Roquebert getroffen, ist das wahr?

Jacquemin fühlte an seiner Brust den brennend heißen Kopf seiner Tochter, die ein leises „Ja“ flüsterte.

Warum hast Du mir damals mit „Nein“ geantwortet? Die Leute aus dem Dorfe haben Dich gesehen.

Wieder ward es still, dann flüsterte Babette, ohne sich zu rühren:

Verzeih — — —

Jacquemin erblickte und schwieg eine Weile. Dann

richtete er sie auf, sah ihr tief in die Augen und fragte mit zitternder Stimme und gepreßtem Herzen:

Warum bittest Du mich um Verzeihung? Hast Du Unrecht gethan?

Diesmal zögerte Babette nicht.

Nein, sagte sie.

Jacquemin fügte kein Wort hinzu, dann aber wollte er sich von seinem Seelenschmerz befreien. Er verließ seinen Platz und fragte, rasch zu einem anderen Gesprächsgegenstand übergehend, mit möglichst ruhiger Stimme:

Wart Du heute bei Ghilaine?

Babette seufzte. Nein, sagte sie.

Erstaunt fragte Jacquemin weiter:

Du gehst doch jeden Tag zu ihr? Und gestern?

Babette schüttelte den Kopf.

Nein? wiederholte Jacquemin. Und sich ihr nähernd, fragte er:

Was soll das heißen?

Ich wage es nicht mehr.

Jacquemin erblähte auf's neue.

Warum nicht?

Neulich war sie vor ihrer Thür, als ich kam und lief mich nicht hinein. Sie war schrecklich.

Man kann sie doch nicht Hungers sterben lassen.

Sie wirft Alles weg, was ich ihr bringe.

Du hattest mir gesagt, daß sie zufrieden zu sein schien, wenn Du kämst.

Babette stieß einen Seufzer aus, nahm ihre Arbeit wieder auf und antwortete:

Aber jetzt nicht mehr.

Hat sie irgend etwas zu Dir gesagt? fragte er weiter.

Ja, sie spricht immer von einem Mann... ich weiß nicht, was ihr im Kopf herumgeht... Und dann scheint sie jetzt weniger unglücklich zu sein; es giebt Leute im Orte, die sie besuchen kommen.

Jacquemin's Besorgniß wuchs. Einen Augenblick lang war er still; dann fragte er zitternd und mit dem Finger nach der Kammer deutend, in der Loubeau schlief:

Ist er drin?

Ohne Zweifel, sagte Babette.

# Parleinachrichten.

Der Ausschuß der Münchener Akademischen Lesehalle erklärt in einer an die „Münchener Post“ gerichteten Zuschrift, daß der akademische Senat seit Bestehen der Lesehalle niemals das Abonnement einer Zeitung, also auch nicht des „Vorwärts“, verboten habe. Dem gegenüber bemerkt die „Münchener Post“, daß im Bescheide des Akademischen Lesehalle auf die Anfrage, warum der „Vorwärts“ nicht mehr weiter abonniert wird, die Antwort steht, daß das Weiterabonnieren vom Senate verboten sei, was der Zuschrift von Seiten des Ausschusses der Lesehalle durchaus widerspricht.

Die „Frankf. Ztg.“, welche im Morgenblatt der Sonntagsnummer die Nachricht gebracht hatte, daß der Akademische Senat des Anstehens des „Vorwärts“ in der Akademischen Lesehalle „beanstandet“ — was mit dem Verbot der Erneuerung des Abonnements wohl so ziemlich gleichbedeutend wäre — veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Einer verehrlichen Redaktion erlauben wir und mitzutheilen, daß die Notiz betreff. „Vorwärts“ auf einem Mißverständnis beruht, indem die betreffende Zeitung wohl abonniert ist, jedoch nicht auf der offiziellen Zeitungsliste aufgeführt ist. Es waltet also ein Mißverständnis ob. Hochachtungsvoll zeichnet die Akademische Lesehalle. J. A.: Ferd. Burg, cand. jur., J. Vorstand.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu dieser Berichtigung: „Immerhin ein merkwürdiges Mißverständnis.“ Jedenfalls ist, fügen wir hinzu, die Sache oberhand.

Aus Offen. In Mainz rücken die Stadtverordneten-Wahlen immer näher heran und es wird jetzt — was der „Vorwärts“ schon mittheilte — allgemein publiziert, daß die herrschenden Parteien, Nationalliberale, Ultramontane, Demokraten und Freisinnige, einen Pakt geschlossen haben auf Grund ihres bisherigen Besitzstandes, um die verhassten Sozialdemokraten vom Stadthause fernzuhalten. Da Jeder, der wählen will, nach der heftigen Städte-Ordnung ein Jahr vorher auf dem Stadthause die Erklärung abgeben muß, daß er von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen beabsichtigt, und Viele hierbei faumfelig verfahren, so verliert ein großer Theil der Wahlberechtigten sein Wahlrecht. Die heftige Kammer wird demnach eine neue Gemeinde-Ordnung beraten, worin diese lästige Bestimmung gestrichen ist. Gelingt es nun den hiesigen Bourgeoisparteiern nochmals, durch gemeinsames Vorgehen die Sozialdemokraten von den Stufen des Stadthauses fernzuhalten, so ist dies doch nur noch eine Salbung vor drei Jahren, denn dann wird der Sieg den Arbeitern erblühen. — Aus K a s e l bei Mainz läßt sich auch eine hübsche Illustration zur Konzentration des Kapitals beibringen. Dort bezahlen, trotz der vorhandenen Kleinbürgerlichen Verhältnisse, von den überhaupt aufzubringenden 75 880 M. Kommunalsteuern 29 Personen 41 480 M., während der Rest von 84 400 M. von den übrigen 2577 Steuerpflichtigen aufgebracht wird. — Aus D a r m s t a d t ist zu berichten, daß dort in der Hofmeierei zum Aufheben der Ruderräder Menschen vor den Pflug gespannt werden, um das Zerbrechen der Pflanz zu verhindern. Der Tagelohn für diese Arbeit ist bei zwölfstündiger Arbeitszeit sage und schreibe 1,80 M. Wohlgemerkt, die Hofmeierei ist kein Privat-, sondern ein großherzoglicher Betrieb!

Die Sammlung von Arbeitsordnungen durch eine Zentralstelle empfehlen ferner: Frankfurter „Volkstimme“, Münchener „Post“, „Märk. Arbeiter-Zeitung“ (Sierloh), Breslauer „Volkswacht“, „Der Töpfer“ (Halle a. S.), „Bremer Bürgerzeitung“.

Der Sozialismus in Bulgarien. Ueber dieses Thema schreibt Genosse R. G. Sabrowsky in Tirnova an „La question sociale“:

Seit seiner Befreiung von der türkischen Herrschaft, welche ungefähr 500 Jahre währte, hat sich Bulgarien in jeder Beziehung sehr stark verändert. Es macht sich jetzt eine tiefgreifende ökonomische Revolution geltend, welche alle veralteten Formen des sozialen Lebens über den Haufen wirft. Die patriarchalischen Grundlagen unseres sozialen Gebäudes sind vollständig erschüttert und können nicht mehr den neuen ökonomischen Tendenzen des westlichen Europa Stand halten. Unser Land steht bereits unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktion, welche die Kleinindustrie, den Kleinhandel und den Kleinbetrieb vernichtet.

Die bulgarische Bourgeoisie, welche zuvor nicht als eine bestimmte Volksklasse existierte, organisiert sich jetzt, ganz nach derselben Art und Weise, wie die Bourgeoisie des übrigen Europa. Sie ahmt ihren älteren Schwestern nach, indem sie den Staat monopolisiert, diese Frohnveste der Völker.

Die volkswirtschaftliche Politik unserer Regierung ist vollständig in Uebereinstimmung mit den Interessen der Bourgeoisie. Die Gewaltthäter haben die Großindustrie begünstigt und gepflegt, indem sie Schutzsysteme einführten und unseren Kapitalisten alle möglichen Privilegien einräumten.

Die Kleinbourgeoisie, welche sich aus den verschiedenen Handwerkern, den Kleinhandlern und den Kleinbauern rekrutiert, und welche ehemals sehr mächtig war, liegt jetzt in den letzten Zügen

brauen zuweilen bemerklieh machte, in diesem Moment so tief und scharf erschien, wie sie dieselbe noch nie gesehen hatte.

Einige Minuten später brannte kein Licht mehr in dem kleinen Hause an der Uferstraße.

Am nächsten Tage ging Jacquemin nach dem Schlosse und fragte nach dem Bürgermeister. Der Beamte, der ihm gestern Abend die Nachricht gebracht hatte, war da und sagte einfach:

Es ist gut, warten Sie. Darauf sagte er dem Diener etwas ins Ohr. Dieser betrachtete darauffhin den Steiger neugierig, ging hinaus, erschien nach einer Minute wieder und sagte:

Sie können kommen!

In einem geräumigen Saal, der als Arbeitszimmer eingerichtet war, und dessen Ausstattung der reinste Pracht verrieth, jetzt aber die Spuren vieler Arbeit anwies, sah ein starker Mann mit strengem Gesicht und düsterem Gesichtsausdruck an einem großen Tisch, auf dem Stöße von Briefen und Papieren aufgehäuft und an dessen Rand Steinkohlenproben wohlgeordnet dalagen. Der Mann war häßlich, hatte ein blaßes Gesicht, auf dem von Zeit zu Zeit eine heftige Röthe, wie es schien als Ausdruck zorniger Erregung, aufblühte. Dabei war er breitschultrig und robust, hatte große Hände und dicke Backen, spärliche, pomadifirte Haare, schwarze, etwas schielende Augen und war mittelgroß und fettleibig. Er trug einen hellen Anzug und eine schwere goldene Kette. Das war Herr Roquebert.

Er drehte der Thür des Arbeitszimmers den Rücken und sein großes, blaßes Gesicht ließen die Gedanken, die ihm im Augenblick durch den Kopf gingen, noch mürrischer und aufgeregter wie gewöhnlich erscheinen, als Jacquemin eintrat. Als er die Thür schließen hörte, drehte er sich halb in seinem Sessel um und sagte mit rauher Stimme und mit seinem zusammengekniffenen Munde, der so groß war, daß er fast immer nur mit der einen Seite desselben zu sprechen schien:

Sie sind der Steiger Jean Jacquemin?  
(Fortsetzung folgt.)

und kann nichts thun, um ihr Leben vor dem Mosch Kapital zu schützen. Sie fällt unter den Schlägen der Konkurrenz, welche ihren geringen Besitz zugleich gerädert und aussaugt. Sie ist in ihrer Existenz bedroht und ihr Verschwinden als Klasse nur eine Frage der Zeit.

In vielen Städten wird die Kleinindustrie immer mehr und mehr durch die Großindustrie ersetzt. Die Handwerker werden ihrer geringen Produktionsmittel enteignet und werden Fabrikarbeiter. Das Kapital konzentriert sich in wenigen Händen und die Aktien-Gesellschaften haben sich in der letzten Zeit sehr rapide entwickelt.

Die Lage der Bauern hat sich seit der Befreiung vom türkischen Joch bedeutend verschlimmert. Ein großer Theil des Ackerlandes gehört nur noch dem Namen, dem Gesetze nach den Bauern, in Wirklichkeit aber ist es Eigenthum der Hypothekendarlehen, der Landbesitzerklassen und verschiedener Wucherer, welche nach den amtlichen Berichten der Distriktsräthe unseren armen Bauern bis 300 pCt. Zinsen abnehmen.

Die Bauern sind gezwungen, ihre Renten zu verkaufen, um sich Geld zu verschaffen, und sehr oft ist es die Regierung, welche eine Zwangsversteigerung ihrer Güter vornimmt, um die Staatsrenten zu erhalten, welche immer drückender werden.

Für Bulgarien, welches vor Allen ein Ackerbau treibendes Land, steht es fest, daß eine schlechte Ernte, ebenso wie in Rußland, eine schreckliche Hungersnoth herbeiführen kann.

Die Großindustrie ist noch wenig entwickelt und infolge dessen ist auch unser industrielles Proletariat noch gering an Zahl. Aber die unvermeidliche Vernichtung der Kleinindustrie, welche sich täglich vor unseren Augen vollzieht, wirft Hunderte von Arbeitern, die keinen festen Wohnsitz haben, auf die Straße, und diese sind es bekanntlich, welche ein wirkliches Proletariat bilden, auf welches wir bei unserer sozialistischen Propaganda hauptsächlich rechnen.

In unseren Fabriken kennt die kapitalistische Ausbeutung keine Grenzen. Die Arbeiter arbeiten 15—18 Stunden täglich und erhalten für diese harte Arbeit nur einen sehr dürftigen Lohn. Man denke nur, daß drei Viertel der Arbeiterschaft in unseren Fabriken junge Mädchen von 10—20 Jahren und Frauen bilden. Der Lohn dieser Mädchen beträgt 30 Zentimes bis 1 Frank täglich für eine Arbeitszeit von 15—18 Stunden. Diese armen Kinder arbeiten die Nacht hindurch ohne Unterbrechung.

Kein gesetzlicher Schutz existirt für die Arbeiter. Die Länge der Arbeitszeit hängt vollständig vom Willen der Kapitalisten ab. Der zehnstündige Arbeitstag ist — in der Praxis, nicht durch das Gesetz — nur in den Buchdruckereien eingeführt.

Das ist in kurzen Worten die ökonomische Lage unseres Landes.

Die politischen Parteien können nichts gegen diese Lage ausrichten, welche für die ausgebeutete Klasse in unserer Gesellschaft immer untraglicher wird; und diese Ohnmacht beweist nur, daß allein aus den Sozialisten, welche fest und unerschütterlich ihre Grundsätze proklamieren, sich die Partei für die ökonomische und soziale Emanzipation des Volkes rekrutieren wird. Uebrigens ist diese Partei schon auf dem Wege, sich zu organisieren.

Die rapide Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse unseres Landes und der europäische Sozialismus, welcher aus dem Westen durch unsere studierende Jugend zu uns gebracht wird, haben unsere sozialistische Bewegung ins Leben gerufen, von welcher bis 1886 bei uns nicht eine Spur zu finden war.

In vielen Städten, selbst in Dörfern, haben sich zahlreiche Gruppen gebildet, um die sozialistischen Ideen zu verbreiten und die Arbeiterschaft zu organisieren.

In vergangenen Jahre haben wir das Programm der bulgarischen sozialistischen Partei ausgearbeitet, welches alle sozialistischen Gruppen des Landes in eine Föderativorganisation zusammenfassen soll.

Wir haben eine Monatschrift: „Den“ (der Tag) und verbreiten eine Menge Broschüren aus der „bulgarischen sozialdemokratischen Bibliothek“ unter der Redigierung. Unsere energische Propaganda hat im vergangenen Jahre die Besetzung unserer Regierung provoziert, welche die Sozialisten beschuldigen wollte, an der Ermordung des Ministers Veltchev theilgenommen zu haben. Aber nach einigen Untersuchungen und Verhaftungen hat sie sich doch überzeugen müssen, daß wir nichts mit den Mördern gemein haben und daß unsere Taktik uns verbietet, uns in einen Entscheidungskampf zu stürzen, bevor wir genügend organisiert sind.

Unsere Bewegung ist eben so jung, wie das Land selbst, aber wir sind fest überzeugt, daß sie nur gedeihen kann unter dem Banner des internationalen Sozialismus. Wir nehmen großen Antheil an den Fortschritten der internationalen Sozialdemokratie, weil die Lebensinteressen der sozialistischen Bewegung Bulgariens eng verknüpft sind mit dem Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt. Wir verfolgen jeden Tag die letzten Kämpfe unserer Brüder im Okzident, und ihre Siege sind die unsrigen.

Ich hoffe, daß wir Ihnen bald werden beweisen können, daß unsere sozialistische Propaganda in Bulgarien guten Erfolg gehabt hat.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Kupferschmied Johann Schweine, der Sattler Wilhelm Korbmacher und der Schuhmacher Johann Brüggemann aus Deusch waren beschuldigt, am 12. April d. J. Druckschriften auf öffentlicher Straße vertheilt zu haben, ohne hierzu die Erlaubnis der Polizeibehörde zu besitzen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes fragte: „Sind Sie Sozialdemokraten?“ „Jawohl!“ lautete die Antwort. „Ueberzeugte?“ „Jawohl!“ lautete es wie aus Einem Munde. Die Drei hatten eine sozialdemokratische Schrift von Haus zu Haus getragen und bis in die höchsten Stockwerke vertheilt. Da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Vertheilung auf öffentlicher Straße geschehen war, erfolgte Freisprechung.

Sächsisches. Zum 10. Juli hatte die Dresden'er Verwaltungsstelle der Zimmerer-Zentral-Krankenkasse in Radebeul ein Fest veranstaltet und dazu auch Tanzvergnügen erhalten. Die Anstaltsverwaltung machte jedoch, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mittheilt, die Tanzvergnügen wieder rückgängig, weil das Fest in einem öffentlichen Blatte inserirt worden war. Dadurch sollte das Tanzvergnügen öffentlichen Charakter erhalten haben. Das Inzerat lautete jedoch auf den Namen der Verwaltungsstelle und war nur zur Einladung der Mitglieder und deren Angehöriger bestimmt, weil viele Mitglieder in der Zwischenzeit nicht in die Zahlstelle gekommen waren.

## Soziale Ueberblick.

Zur Sonntagdrube. Die Generalversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten beschloß, wie wir im „Correspondent“ der Buchdrucker lesen, in Bezug auf die in Aussicht stehende kaiserliche Verordnung betreffend das Verbot der Sonntagarbeit, schon vom 1. Juli ab eine 24 stündige Sonntagdrube einzutreten zu lassen, wenn bis dahin für 75 pCt. aller Papiermaschinen der Beitritt erklärt worden sei. Bis zu dem gedachten Tage war aber auf die Anfrage des Vorstandes nur für 800 Papiermaschinen Zusage eingegangen und so bleibt es beim Alten, bis durch die gedachte Verordnung die Herren gezwungen werden, ihren Arbeitern den Sonntag freizugeben, was voraussichtlich für den 1. Oktober geschieht. Ohne Zwang thut's das Unternehmertum nun einmal nicht.

Die St. Galler Coiffeure haben es durchgesehen, daß man ihnen für Sonntag Nachmittags Arbeitsruhe gewährt. Ihre Züricher Kollegen stellen dieselbe Forderung.

Englische Wahlen. Von den Parlamentswahlen waren bis Sonntag, den 17. d. M., freilich 652 bekannt; es stehen also noch die Ergebnisse von 18 Bezirken aus. Das bisherige Ergebnis lautete: 260 Konservative, 50 Unionisten, 288 Gladstoner, 9 Barnwelliten, 65 Antiparnelliten. Die Konservativen haben 17, die Unionisten 8, die Gladstoner 75 Sitze gewonnen. Der Führer der Antiparnelliten, Justin Mc. Carthy, ist am Sonnabend in North-Longford gewählt worden. Schottland hat überwiegend liberal gewählt und wird 51 Liberale und 22 konservative und liberal-unionistische Abgeordnete in das neue Parlament senden.

Schiedsgericht. Zum französischen Schiedsrichter für die Behring's Meer-Angelegenheit hat der Präsident der französischen Republik Carnot den Senator Baron Courcelles, ehemaligen französischen Botschafter in Berlin, ernannt.

Sibirisches. Die aus Sibirien einlaufenden Nachrichten sind, wie in der letzten Nummer von „Frei-Rußland“ zu lesen, betrübend wie immer. Unseren Lesern ist die Geschichte der Verbannten zu Valagansk noch in Erinnerung, jener Schaar mutiger Männer und Frauen, die, obwohl selbst in Feindeshand, gegen die Hinrichtung ihrer Schicksalsgefährten zu Jakutsk Protest zu erheben wagten. Diese Verbannten haben sich zusammen und faßten eine geharnischte Erklärung ab, die sie, mit ihrer Namensunterschrift versehen, in mehreren Hunderten von Abschriften herstellten und hierauf an alle Staatsbeamten, hervorragenden öffentlichen Personen, sowie Zeitungsredaktionen, deren Adressen bekannt waren, versandten. Die Verfasser wurden sofort arretirt und in Jakutsk in Untersuchungshaft gesetzt. Die Verhaftungen fanden im Juli 1889 statt; nach 2 1/2-jähriger Einsperung ist ihnen jetzt endlich der Prozeß gemacht worden und lautet das Urtheil für alle auf Zwangsarbeit in den Bergwerken. Soweit den Namen bekannt geworden, sind folgende Personen unter den Verurtheilten: Lieutenant Kranichfeld, Student Iwanoff, Schiloff, Grabowsky, sowie die Frauen Ulanowsky und Nowalowsky. Die Arbeit in den Bergwerken, die furchtbare „Katorga“, bedeutet den sicheren Untergang. „Wäterchen“ ist ein Musterbild edler Menschlichkeit, und was er thut oder durch seine Schergen und Henker thun läßt, ist wohlgethan. So lange wie er's treibt und treiben kann! —

Von der Cholera. Aus Kasan (Rußland) wird gemeldet, bis zum 14. Juli seien durch Dampfer 6 Kranke angeführt, 5 seien gestorben. Auf der Moskow-Woroneschbahn seien bis zum 13. Juli 13 Cholera-Erkrankungen festgestellt, und zwar bei Reisenden, die aus den Cholera-gegenden kamen. Die Gesamtzahl der Erkrankten in Moskow bezifferte sich auf 48; von diesen seien 18 gestorben. In Kasan, wo 60 Personen erkrankt seien, habe bei 18 die Krankheit einen tödtlichen Ausgang genommen. — Die serbische Regierung hat für alle aus Rußland über Bulgarien und Rumänien nach Serbien kommenden Reisenden und Waaren eine sieben-tägige Quarantäne angeordnet. Außerdem wurde die jüngst verjüngte vierundzwanzigstündige Quarantäne und die Desinfizierung des aus Rumänien kommenden Gepäcks auf die aus diesem Lande kommenden Personen, „besonders die Arbeiter“, wie der offiziöse Telegraphenjunge emphatisch hervorhebt, dessen Gönner die wohlfeilen Arbeitskräfte doch sonst zum Fressen gern haben, ausgedehnt. — Die Einfuhr und Durchfuhr von Häutern, alten Kleidern, altem Tauwerk, sowie gebrauchter Leibwäsche und Bettzeuge aus Rußland ist von der österr. Reichsregierung und Regierung durch Ministerialverordnung im reichslichen und Regierung durch Ministerialverordnung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung verboten worden.

Ueber die französische Grenze sind von der spanischen Regierung strenge Quarantänemaßregeln verhängt worden, dieselbe ist vollständig gesperrt. Der Minister des Innern ordnete die umfassendsten gesundheitlichen Maßregeln, besonders für die Hafenstädte an. Die Hafenstadt San Sebastian wird ganz besonders streng überwacht.

Er hat nicht gesagt, daß er uns verlassen wollte? Ueberascht sah Babette ihren Vater an. Jacquemin, der in düstere Gedanken versunken war und das Auge starr auf die Zimmerthür richtete, schien sich nicht darüber zu beunruhigen, daß keine Antwort erfolgte. Seine Seele schien abwesend und es war, als wenn er angstvoll auf irgend ein geheimnißvolles Geräusch oder auf eine innere Stimme lauschte.

Höflich fuhr er zusammen.

Babette, hörst Du, klopft es nicht?

Ich glaube, ja, sagte sie mit etwas furchtsamer Gebärde.

In der That ertönte ein scharfes Klopfen an der Hausthür.

Wer kann das sein, murmelte das Mädchen.

Es muß geöffnet werden, sagte Jacquemin sich erhebend.

Er ging zur Thür, öffnete und fragte:

Wer ist da?

Im selben Augenblick erkannte er einen Beamten der Kohlenbergwerke, der sich höflich entschuldigte und hinzugabte:

Ich sah Licht und glaubte Sie noch sprechen zu können.

Jacquemin und Babette beobachteten Schweigen.

Ich komme vom Herrn Bürgermeister?

Vom Herrn Bürgermeister?

Ja!

Er ist also zurück?

Seit einigen Tagen. Ich habe den Auftrag Ihnen mitzutheilen, daß der Herr Bürgermeister Sie morgen Nachmittag zu sprechen wünscht.

Diese Nachricht, so wenig sie auch auf sich zu haben brauchte, schmeiterte Jacquemin nieder. Er wußte nichts zu antworten, nichts zu sagen. Er begleitete den Beamten hinaus, der grüßte, und er wiederholte mechanisch:

Morgen Nachmittag.

Als Jacquemin wieder hereintret und schweigend mitten im Zimmer stand, sah Babette, daß er leichenbläß war und daß die feurichte Falte, die sich zwischen seinen Augen-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 19. Juli.**  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
Bettelstudent.  
**Broll's Theater.** Alessandro Stradella.  
**Ostend-Theater.** Heinrich Heine.  
Darauf: Das Sonntagskind.  
**Selkianer-Theater.** Gefährliche Mädchen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Ein alter Gallobri.

**Berl. Sommer-Theater**  
(Bock - Brauerei, Tempelhofer Berg).  
Dienstag, den 19. Juli:

Vorstellung in 5 Abteilungen.  
Spezialitäten 1. Rang.  
Drei Geschw. Neumann, Gesangs-Trio.  
Gedr. Schwarz, Mlle. Adrienne Ancion.  
Georg Rösser, Gesangs-Humorist.  
Dora Ebert, Carl Ellis.  
Zum 14. Male:  
**Ein moderner Basirsalon.**  
Posse m. Gesang in 1 Akt v. L'Arrange.  
Inszeniert von Paul Paull.  
**Gold und Silber.**  
Grosses Ballet-Divertissement.  
Prima Ballerina: Marie Ala. 6 Solo-Tänzerinnen, ein Solotänzer, Corps de Ballet 20 Damen.  
**Fantoches-Theater des Mr. Winn.**  
Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Täglich: Grosses Vorstellung.

### Viktoria-Brauerei.

Bühnen-Strasse 111/112.  
Im Konzertgarten resp. Saal.  
**Englisch** (außer Sonnabends):  
**Stettiner Sänger.**  
Stets wechselndes Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pfg.  
Wochentagsbillets à 40 Pfg. (S. Plafate).

**Passage-Panopticum.**  
Nou!  
**Blaue Grotte**  
mit Wasser, Bühnen u. Beleuchtungseffekten.  
Nou!  
**Eine Kriminalgeschichte**  
in sieben lebensgroßen Gruppen.

**Castan's Panoptikum.**  
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

**Moabiters Gesellschaftshaus,**  
Alt-Moabit 80/81.  
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.  
2299L. **Hellmuth Peters.**

**Altes Schützenhaus, Linienstr. 5,**  
(neu renoviert) empfiehlt sich den werthen Vereinen zu allen Festlichkeiten, sowie Versammlungen. 819 b.

**Franz Beyer,**  
Berlin N., Chausseestr. 103.  
**Billigste Bezugsquelle**  
für Wein, Liqueure, Rum, Cognac, Fruchtsäfte. 2725L

**H. Götz & Co.,**  
Waffenfabrikanten.  
Berlin, Friedrichstr. 208.  
Revolver bis 75 M. (Spezialität).  
Teufelshorn (grösst. Sortiment) Gewehr.  
Jarm. M. 4,30 bis M. 10.  
Luftgewehre (schönes Geschenk).  
Für Bolzen u. Kugeln 8 bis 30 M.  
Jagdrevolver, Schrot u. Kup. v. 14 M. an.  
Centralfeuer-Revolver in 12, 16, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124, 128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164, 168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200, 204, 208, 212, 216, 220, 224, 228, 232, 236, 240, 244, 248, 252, 256, 260, 264, 268, 272, 276, 280, 284, 288, 292, 296, 300, 304, 308, 312, 316, 320, 324, 328, 332, 336, 340, 344, 348, 352, 356, 360, 364, 368, 372, 376, 380, 384, 388, 392, 396, 400, 404, 408, 412, 416, 420, 424, 428, 432, 436, 440, 444, 448, 452, 456, 460, 464, 468, 472, 476, 480, 484, 488, 492, 496, 500, 504, 508, 512, 516, 520, 524, 528, 532, 536, 540, 544, 548, 552, 556, 560, 564, 568, 572, 576, 580, 584, 588, 592, 596, 600, 604, 608, 612, 616, 620, 624, 628, 632, 636, 640, 644, 648, 652, 656, 660, 664, 668, 672, 676, 680, 684, 688, 692, 696, 700, 704, 708, 712, 716, 720, 724, 728, 732, 736, 740, 744, 748, 752, 756, 760, 764, 768, 772, 776, 780, 784, 788, 792, 796, 800, 804, 808, 812, 816, 820, 824, 828, 832, 836, 840, 844, 848, 852, 856, 860, 864, 868, 872, 876, 880, 884, 888, 892, 896, 900, 904, 908, 912, 916, 920, 924, 928, 932, 936, 940, 944, 948, 952, 956, 960, 964, 968, 972, 976, 980, 984, 988, 992, 996, 1000.  
Telegraphen-Adressen:  
Waldenstr. 11.  
Achtung! Kein Laden.  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren  
1 Mark. Garantie rein amerikanische  
Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.  
1795L.  
H. F. Dinolage,  
Kottbuserstr. 4, Hof part.

## Große öffentl. Volksversammlung

Dienstag, den 19. Juli, Ab. 8 Uhr, in Schloss Weissensee.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über „Sozialismus und Anarchismus“. 2. Diskussion. 3. Besprechung kommunaler Angelegenheiten.  
481 8  
Der Vertrauensmann.

## Deutscher Tischler - Verband

(Zahlstelle Berlin).  
Versammlungen für den Norden, Moabit und Wedding  
am Mittwoch, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale von Geissler, Fennstr. und Tegelerweg-Ecke.  
Für den Osten  
am Dienstag, den 26. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Schirmmacher, Andreasstrasse 26.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.  
404/14 Die Ortsverwaltung.

## Fachverein der Stellmacher

Berlins und Umgegend.  
Am Mittwoch, den 20. Juli d. J., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale  
des Herrn Keller, Bergstrasse Nr. 68:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Vorlesung aus der Broschüre: „Nieder mit den Sozialdemokraten.“ 3. Bericht der Arbeitskommission. — Gleichzeitig werden die Mitglieder ersucht, wenn möglich, mit den Billets abzurechnen. Um zahlreiches Besuch bittet.  
481/6  
Der Vorstand. J. Messmann, Schönhauser Allee 80.

## Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeossen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

**Versammlung**  
am Mittwoch, den 20. Juli 1892, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale  
des Herrn Philipp, Rosenthalerstrasse 38.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Die Halb'sche Theorie.“ Referent Herr Dr. Rautowicz. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest und Wahl des Vergütungskomitees zum Winterfest. 4. Bericht der Bibliothekare. 5. Verschiedenes und Fragekasten.  
Aufnahme neuer Mitglieder.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet.  
446/18 Die Verwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule

Am Sonntag, den 24. Juli:  
**Gr. Volks-Fest**  
aus dem Mittelalter d. 19. Jahrhunderts,  
im „Müggelschloßchen“, Friedrichshagen, unter Mitwirkung von 10 Gesangsvereinen, (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).  
**Der Auszug der Högeler**  
frei nach Spangenberg.  
Lebende Bilder auf dem Wasser. — Eugen Richter's Zukunftsbilder.  
Mechanisches Wachsfiguren-Kabinett. Naturalien-Museum. Verlosung von wissenschaftlichen Werken. Konzert und Volksbelustigungen aller Art.  
Billets à 25 Pfg. gültig für die Heberfahrt, sind in allen Jahrsstellen und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.  
Ausserdem machen wir darauf aufmerksam, daß wir mit der Dampfstraßenbahn-Gesellschaft ein Abkommen getroffen haben, wonach die Hin- und Retourfahrt 15 Pfg. kostet.  
Gleichzeitig findet die Eröffnung des extra zu diesem Zweck erbauten 200 Quadratmeter großen **Pariser Tanzbodens** statt.  
488/10  
Der Vorstand.

## Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

(Sammverein Berlin, Annenstr. 16.)  
**Stellenvermittlung:**  
12 Steinbildhauer für außerhalb. Abends von 8-9 Uhr.  
400/10 Sonntags Vorm. von 10-11 Uhr.

**Tempel's Festsäle, Langestrasse 65.**  
Allen Bekannten zur Nachricht, daß ich auf Anordnung des königlichen Polizei-Präsidiums mein Lokal um 11 Uhr schließen muß. Ich bitte daher meine werthen Gäste, sich mit ihrem Dufst rechtzeitig einzurichten, daß er mit der Verfügung des Polizei-Präsidiums im richtigen Verhältnis steht.  
2741L  
G. Tempel.

## Charlottenburg.

Ballstr. 46, Brauerei Gambrius, Bismarckstr. 23,  
empfiehlt helles Lagerbier (Gambriusbräu) und dunkles Versandtbier (Gambriusversandt). 2926L

**Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.**  
Spezialität: Vorträts bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manschettenknöpfen, Etden, Brochen, Pflsten. En gros. En detail.  
2274 L. B. Günzel, jetzt Lothringersstr. 53, am Rosenthaler Thor.

**Kolonialwaaren- und Butter-Handlung**  
**A. Fiebach, Schwedterstrasse 20,**  
Edle Chorinerstrasse,  
empfiehlt anerkannt vorzüglich schmeckende **Kaffees**, roh, à Pfd. von 1-1,50, gebrannt à Pfd. von 1,20-1,80 M., **hochfeine Esfel-Grasbutter**, täglich frisch, à Pfd. 1-1,10 M. 2705L  
Verkaufsstelle der Genossenschafts-Bäckerei.

**Zahnarzt Robert Wolf, Chausseestr. 123, am Oranien-**  
**Künstliche Zähne von 2 M. an, Plomben von 1,50 M. an, Schmerzloses Zahnziehen 1 M.**  
Kassenmitglieder zahlen Kassenpreise. 2676L  
Sprechstunden von 8-7 Uhr.

**Grünkraut-Geschäft** mit neuer Destillation bill. veräufl. wegen Nothe, Holz u. Kohlen, gangbar, ist bill. übern. ein. Cigarr.-Gesch. Blumen- u. verk. Bergemann, Grennmerstr. 1, S. II. 1121b  
strasse 49, Cigarrenladen.

## Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Heute, Dienstag, 19. Juli, Nachm. 1 1/2 Uhr  
ordentliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Köllig, Neue Friedrichstrasse 44.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission. 2. Erziehung zur Geschäftsordnungs-Kommission. 3. Endgültige Beschlussfassung in Betreff des Rendantenposten. 4. Verschiedenes.  
457/11  
Der Vorstand.

## Achtung!

Die Teilnehmer der Dampfpartie des Rauchklub Kernspige am Sonntag, den 17. Juli, werden dringend ersucht, etwaige Verluste an Angehörigen oder Kleidungsstücken und Werthgegenständen im Vereinslokale, Räderdorferstr. 8 bei Göhl anzumelden. 1120b

## Achtung!

Genossen u. Kollegen vom Wedding! Empfehle mich den Genossen und Kollegen vom Wedding zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts“, sowie sämtlicher Arbeiterblätter und Broschüren. Indem ich die Genossen und Kollegen bitte, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen, weil ich nicht mehr in meinem Beruf arbeiten kann, zeichne achtungsvoll  
1095 b  
Carl Weisse, Tegelerstr. 27.

## Gepha's und Matraken, sowie jede Tapetierarbeit fertigt gut und dauerhaft an

Hartung,  
Königsröderstrasse Nr. 67.  
Swinebänderstr. 45/46 billige Wohnungen: Vorderhaus 3 Tr. 2 Stuben u. Küche 380 M., Vorderhaus 4 Tr. 2 Stuben u. Küche 310 M., Hinterhaus 2 Stuben u. Küche 188 M. (1051b)

Schlafst. f. 2 Herr. Fuhke, Friedrichstrasse 89 Querg. III. 1098b

Bessere Schlafst., Flurung, f. 2 Herr. Kottbuserstr. 2, S. 1 Tr. b. Gerlach, 664M

## Arbeitsmarkt.

Suche als Scher, Korrektor, Expedient, eventuell Metten oder Faktor per Anfang August Stellung im Parteiblatt. Bis zu meiner Inhabitation Redakteur eines solchen, könnte ich auch redaktionell und in der Agitation Verwendung finden. Gest. Zuschriften unter „Korrektor“ an die Expedition d. Bl.

## Lücht. Kaufmann,

der im Zeitungs- und Druckereiwesen praktisch thätig gewesen und zur selbständigen Leitung einer Druckerei mit Zeitungsverlag befähigt, wird gesucht. Offerten unter A. O. an die Expedition des „Vorwärts“.

Gebübe Carlon - Arbeiterinnen verlangt Stralauerstr. 57. 1097b F. Souvreur.

## Ein Stahlgraveur

mit 500 M. kann als Sozjus eintreten. Offerten beliebe man unter „Aluminium“ an die Exp. d. Btg. zu richten.

Ein starrer Sozialdemokrat ist bei uns angekommen. 1098b  
Edwin Katz u. Frau  
Berlin-Schöneberg.

**Orts-Krankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.**  
Am 17. Juli cr. verstarb unser Mitglied, der Lithograph  
Herr **Theodor Mettke.**  
Die Beerdigung findet statt am **Mittwoch**, den 20. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeitskirchhofes, Bergmannstr., aus. Um zahlreiche Theilnahme bittet  
446/19  
Der Vorstand.

**Dr. Hoesch**, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Größtes Lager Berlins  
**Kinderwagen.** Andreasstr. 23. S. P.  
Wäsche wird billig gewaschen.  
Frau Sieck,  
1090b Räderdorferstr. 27 III.

durch feste Arbeit bei  
**Arbeitslojen**, rühmtes Seiffhennersdorfer Fabrikat, Stoffe auf Handtüchern gewebt, sind am billigsten direkt zu beziehen von  
2730L  
G. Lamprecht, Seiffhennersdorf i. S.  
Feste Arbeitst. v. 1,30-4 M. Prob. frei.

**2 Läden**  
mit und ohne Wohnung zum 1. Oktbr. Brunnenstrasse 131, an der Invalidenstr. in lebhaftester Geschäftsgegend, zu vermieten. Näheres:  
1052b Busse, Invalidenstr. 157.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätlich:  
**Das Glend der Philosophie.**  
Antwort  
auf  
Proudhon's „Philosophie des Glends“  
von  
Karl Marx.  
Deutsch von Eduard Bernstein und Karl Kautsky.  
Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels.  
Preis broschirt 1,50 M., gebunden 2 M.  
Das Werk ist unentbehrlich für Jeden, der den wissenschaftlichen Sozialismus studiren will.

**Der Ursprung**  
der  
**Familie, des Privateigentums und des Staats.**  
Im Anschluß an Lewis D. Morgan's Forschungen von Fr. Engels.  
Preis brosch. M. 1.—, gebd. M. 1,50.

**Soziale Weckrufe**  
Gedichte  
von  
Fritz Kunert.  
96 Seiten. — Preis 40 Pfennig.

**Verlags-Buchhandlung des „Vorwärts“**  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

Sobald erschienen:  
**Lieferung 1**  
von  
**Sozialpolitisches Handbuch.**  
Herausgegeben  
von  
Dr. H. Lux-Magdeburg.

Erscheint in 5 Lieferungen à 30 Pfennig.  
Dieselben gelangen in Zwischenräumen von 14 Tagen zur regelmäßigen Ausgabe. Komplet broschirt und gebundene Exemplare werden in ca. 8 Tagen fertig gestellt sein und wollen sich die Besteller auf solche bis dahin gebüden.

Das „Sozialpolitische Handbuch“ ist für jeden Genossen, der sich hervorragend an der Agitation betheiltigt, öffentlich austritt, und dem Gegner gegenüber schlagfertig sein muß, ein unentbehrliches Hilfsmittel. Der Verfasser hat, unterstützt von Mitarbeitern, mit diesem Werke ein Nachschlagewerk geschaffen, welches in den wichtigsten Fragen über die proletarische Bewegung, ihre treibenden Kräfte, ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente Aufschluß giebt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedienten nehmen Bestellungen entgegen. Bei Ausfragen von Auswärts bitten wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

## Frei-Rußland.

Unter dem Titel „Free Russia“ erscheint seit einigen Jahren in London eine Monatschrift, die sich speziell mit der Ausklärung Englands und West-Europas über die russischen Zustände befaßt. Die Herausgeber und Mitarbeiter des Blattes sind hauptsächlich Russen und zwar sind Männer der verschiedensten Parteirichtung zusammengetreten um das Unternehmen zu fördern.

Bei der Natur des russischen Despotismus, der mit unerbittlicher Grausamkeit jeden Träger eines freien Gedankens verfolgt, sei er Liberaler, Demokrat oder Sozialist, ist es erklärlich, daß Männer dieser verschiedenen Richtungen sich verbinden, um gemeinsam den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Ist dieser gekämpft, dann erst trennen sich ihre Wege und wird für die russischen Sozialisten alsdann dieselbe Taktik maßgebend sein, die für ihre Genossen in West-Europa heute maßgebend ist.

Bei dieser eigenthümlichen politischen Lage Rußlands, wo es sich darum handelt, zunächst die ersten Grundlagen für einen modernen Kulturstaat zu schaffen, ist es erklärlich, daß auch Männer anderer Nationen, die in dem heutigen Rußland einen Feind aller Kultur und allen sozialen und politischen Fortschritts erblicken, die Herausgabe von „Free Russia“ unterstützen. Insbesondere sind es eine größere Zahl Freunde der russischen Freiheit in England und Amerika, die sich als Gesellschaft der Freunde der russischen Freiheit zu regelmäßiger materieller Unterstützung des Unternehmens vereinigt haben.

Das Unternehmen hat nun insofern in neuerer Zeit eine Erweiterung erfahren, als die genannte Monatschrift nunmehr unter dem Titel „Frei Rußland“ auch in deutscher Sprache erscheint und demnach in Zürich. Damit erwächst für uns Deutsche und insbesondere für uns Sozialdemokraten die Pflicht, das Unternehmen ebenfalls mit allen Kräften zu unterstützen. Deutschland ist der unmittelbare Nachbarstaat Rußlands, Deutschland ist infolge davon mehr als die meisten anderen Staaten an der inneren Entwicklung Rußlands interessiert. Die panslawistischen Bestrebungen des offiziellen Rußland, seine Feindseligkeit gegen die europäische Kultur, seine politische, soziale und ökonomische Abschließung speziell gegen Deutschland sind hervorgegangen aus dem Bestreben, das zarische Rußland auf seinen gegenwärtigen Grundlagen zu erhalten und es zu einer Macht zu machen, mit der man eines Tages das revolutionäre Westeuropa niederzuwerfen vermag.

Wir Deutsche und speziell wieder wir deutschen Sozialdemokraten müssen also den Wunsch haben, daß es gelinge, einerseits mit welchen Mitteln, dieses autokratische Rußland zu vernichten; wir müssen alle Bestrebungen unterstützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind und jedes Mittel willkommen heißen, das Erfolg verspricht. Kann Rußland nicht von Innen revolutioniert werden, so muß die Revolution von Außen nach Innen getragen werden. Wer dieses unternimmt, ist unser Freund und Bundesgenosse.

Es ist nun die Aufgabe von „Frei Rußland“ diesen revolutionären Kampf gegen das heutige Rußland zu führen. Einmal sollen von Rußlands aus die Gedanken nach Rußland verbreitet werden, für deren Verbreitung im Innern dort die Mittel fehlen, dann sollen durch die Mittheilungen über russische Zustände und ihre kritische Beleuchtung die Sympathien für das offizielle Rußland, wo solche etwa noch vorhanden sind, zerstört, dagegen die Sympathie mit den Männern, die diesen Kampf führen, gefördert werden. Hiernach ist also die Stellung, die wir als Sozialdemokraten einzunehmen haben, gegeben. Wer es nach seinen Mitteln kann, unterstütze das Blatt und informire sich über die Zustände und das Leben eines Staats, der nach der Welt Herrschaft strebt und in seiner gegenwärtigen Verfassung ein Todfeind Deutschlands ist.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir einen Artikel aus dem Juniheft von „Frei Rußland“ der das Programm der „Narodnaia Wolia“ enthält und für unsere Partei von besonderem Interesse sein dürfte:

### Das Programm der Narodnaia Wolia in kurzer Zusammenfassung.

Unter obigem Titel giebt die Narodnaia Wolia-Gruppe auf Seite das Programm heraus, welches ebendem vom Exekutivkomitee der Partei Narodnaia Wolia aufgestellt worden war. An den Grundprinzipien der Narodnaia Wolia ist nichts geändert worden, wohl aber wurden einige zeitgemäße Modifikationen vorgenommen. Natürlich wird es einer Partei, nicht einer kleinen Gruppe obliegen, das Programm allseitig auszuführen, d. h. die Revolution vorzubereiten.

Indem sie dieses Programm vor die Öffentlichkeit bringt, verfolgt die Gruppe den Zweck, das Anwachsen der revolutionären Ideen und besonders derjenigen der Narodnaia Wolia zu stärken.

Noch heute wird die Narodnaia Wolia fortwährend als mit dem Terrorismus identisch in ein und denselben Tegel geworfen, und doch kann Jedermann sehen, daß die Prinzipien der Narodnaia Wolia und deren Taktik in Raum und Zeit zwei verschiedene Dinge sind.

Das Hauptbestreben der Narodnaia Wolia ist, alle revolutionären Kräfte zu einer großen Partei zu vereinigen. Hier das Programm:

I. Was unsere Grundprinzipien anbelangt, so sind wir Sozialisten. Wir sind überzeugt, daß nur in der sozialistischen Gesellschaft Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zur Wahrheit werden können; daß einzig im Sozialismus die Menschheit den Höhepunkt ihrer Wohlfahrt und ihres Glückes erreichen wird.

Für uns ist der Wille des Volkes das höchste Gesetz; wir glauben, daß eine dauerhafte und fortschreitende Entwicklung Rußlands nur möglich ist, wenn sich das Volk frei und ungehindert bewegen kann, wenn jeder neue Gedanke, bevor er in die Praxis des Lebens umgesetzt wird, erst vor dem Forum des öffentlichen Urtheils und des Willens des Volkes erscheint. Unsere höchsten, untrennbaren Güter sind die Wohlfahrt des Volkes und der Wille des Volkes.

II. 1. Indem wir den Sozialismus als unser Programm erklären, halten wir es für unsere Pflicht, denselben eine freie Bahn zu schaffen und die Motive zu einer Revolution klar zu legen.

Darum ist unser nächstes Ziel die Befreiung des Volkes von dem drückenden Joch der herrschenden Zustände auf dem Wege einer politischen Revolution. Eine provisorische Regierung, deren erster Akt die Befreiung aller politischen Gefangenen sein muß, daß sofort die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um die Wiedereinführung der autokratischen Staatsform endgiltig zu verhindern und die politische Freiheit sicher zu stellen. Sobald diese Arbeit gethan ist, hat die provisorische Regierung ihre Gewalt einer gesetzgebenden Versammlung abzutreten.

2. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Wille des Volkes in einem durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Verfassungsrath richtig zum Ausdruck komme und ethisch durchgeführt werden kann, wenn wir uns auch nicht verhehlen, daß dies nicht die höchste Form ist, in welcher der Wille des Volkes

zum Ausdruck kommt; weil sie aber heute die einzig praktisch denkbare ist, stellen wir uns auf diesen Standpunkt. Die Aufgabe des Verfassungsrathes muß darin bestehen, die ganze gesellschaftliche und staatliche Organisation im Einklang mit den Forderungen der Wählerschaft zu revidiren.

III. Unbedenklich unseres Eintretens für diese allgemeine Sache halten wir, als Sozialisten, es für unsere Pflicht, unser Programm vor das Volk zu bringen. Wir werden dieses Programm verkünden vor dem politischen Umsturz, wir werden für dasselbe agitiren zur Zeit der Wahl und wir werden es verteidigen im Verfassungsrath. Dieses unser Programm fordert:

1. Eine dauernde Volksvertretung mit vollständiger Machtbefugniß für die allgemeinen Staatsgeschäfte.
2. Allgemeines Stimm- und Wahlrecht für Alle ohne Unterschied des Standes und des Besitzes.
3. Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und ungehinderte Wahlagitatio.
4. Ausgedehnte Autonomie der Provinzen, garantiert durch die Volkswahl aller Beamten, Unabhängigkeit des Wir (Bauern-gemeinde) und ökonomische Freiheit des Volkes.
5. Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Territorialarmee.

- B. 1. Erklärung von Grund und Boden als Eigenthum des Volkes.
2. Mittel und Wege zur Vergesellschaftung aller Werkstätten und Fabriken zum freien Gebrauch der in denselben beschäftigten Arbeiter.
3. Mittel und Wege zur gerechten Verteilung der Steuerlasten, wie eine progressive Einkommensteuer, Abschaffung der indirekten Steuern etc.

C. Volle Rede- und Gewissensfreiheit; obligatorische unentgeltliche Volksschule etc. Wir werden an diesem Programm festhalten, und zwar an jeder einzelnen Forderung desselben, denn nur in der Ausführung des ganzen Programmes sehen wir die Garantie für die politische und ökonomische Freiheit und die normale Entwicklung des Volkes.

IV. Zur Verfolgung dieser unserer Ziele wird die Thätigkeit unserer Partei die folgende sein:

1. Propaganda und Agitation. Der Zweck unserer Propaganda ist, die Idee einer politischen Revolution als Mittel einer sozialen Reform, sowie unser Parteiprogramm populär zu machen. Die Kritik der heutigen Form der Gesellschaft, die Begründung und Erklärung revolutionärer Methoden, sowie sozialer Reformen sind ausgezeichnete Propagandamittel. Die Propaganda muß in allen Bevölkerungsklassen betrieben werden. Vor Allem muß das Vertrauen der Industriearbeiter in den Städten gewonnen werden, damit ihre aktive Beteiligung bei einer allgemeinen Erhebung gesichert ist. Während wir die Massen vorwärts zu bringen suchen, ist es notwendig, aus den Arbeitern die fortgeschrittenen Genossen herauszufinden und diese zu selbständigen Führern der Arbeiterbewegung heranzubilden.

Der Zweck der Agitation besteht in der Organisation von energischen Protesten des Volkes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung unter gleichzeitiger Aufforderung von Forderungen, die mit dem Parteiprogramm im Einklang stehen, insbesondere die der Einberufung einer gesetzgebenden Nationalversammlung.

Solche Proteste müssen in der Form von Volksversammlungen, Arbeiterdemonstrationen, von Petitionen und Eingaben, von Steuerverweigerung etc. stattfinden.

2. Destruktive und terroristische Thätigkeit. Der Terrorismus, bestehend in der Beseitigung der schlechtesten Regierungsmitglieder und in der Verletzung der inhumanen Gewaltthaten und Ausschreitungen der Regierung, ist einzig und allein Selbsthilfe. Wir halten den „Terrorismus“ in Fällen, wo sonst kein Mittel verfährt, für selbstverständlich.

3. Geheime Gesellschaften und deren zentralisirte Organisation. Die Bildung von kleinen geheimen Gesellschaften, deren jede sich mit einem besonderen Ziele der Partei zu befassen haben wird, ist notwendig zur Erledigung der mannigfaltigen Geschäfte und Aufgaben der Partei und zur Heranschulung der Mitglieder. Um aber einheitlich vorgehen zu können, besonders während der Vorbereitung der Revolution, müssen diese kleinen Gesellschaften auf gemeinschaftlicher Basis entweder einheitlich oder föderativ organisiert sein.

4. Erlangung wichtiger Posten und Verbindungen in der Verwaltung, in der Armee, in der Gesellschaft und im Volk.

Um die Partei zu befähigen, alle Aufgaben erfolgreich durchzuführen, ist es höchst notwendig, mit allen Schichten des Volkes auf vertrautem Fuß zu stehen. Im Hinblick auf eine Revolution ist es von größter Wichtigkeit, zu wissen, wie die Armee und die Verwaltung sich verhalten werden. Dem Bauernstand muß die Partei ihre besondere Aufmerksamkeit widmen; sie muß unter den fortgeschrittenen Bauern sich Gesinnungsgenossen und Vertrauensmänner gewinnen und so ein gemeinsames Vorgehen der Bauern und Arbeiter zuwege bringen, besonders da, wo die Bevölkerung der neuen Ordnung günstig gesinnt ist. Zu diesem Zweck ist jedes Parteimitglied verpflichtet, eine solche Haltung zu beobachten, vermöge welcher es die Interessen des Bauernstandes mit Erfolg vertreten kann; der Parteigenosse muß den Bauern helfen in der Noth; er muß ihnen die Ueberzeugung beibringen, daß er ein ehrenhafter Mann und der Verteidiger ihrer Interessen ist, um auf diese Weise für die Partei und ihre Ziele Propaganda zu machen.

5. Organisation und Ausführung der Revolution. In Anbetracht der gedrückten Lage des Volkes und in Anbetracht, daß die Regierung durch Niederdrückung aller lokalen Manifestationen eine allgemeine Bewegung zu unterdrücken sucht, nimmt die Partei es auf sich, die Revolution im geeigneten Moment zu beginnen, ohne abzuwarten, bis das Volk loszuschlagen befähigt ist. Auf diese Weise wird es der Partei möglich sein, die günstigste Gelegenheit, wie z. B. bei Volksaufständen oder einer Finanzkrise, zu ergreifen.

6. Wahlagitatio den Zweck Einberufung einer National-Versammlung. In welcher Weise nun die Revolution ausbrechen wird, was auch das Resultat eines offenen Aufstandes oder einer Verschwörung sein möge, in erster Linie ist es Pflicht der Partei, für die Einberufung einer Nationalversammlung einzustehen und derselben die Gewalt der provisorischen Regierung zu übergeben. Und gerade bei diesen Wahlen muß die Partei mit allen Kräften gegen die Kandidaten der Ausbeuter des Volkes auftreten und ihr Möglichstes thun, um den wirklichen Freunden des Volkes den Eintritt zu sichern.

In welcher Weise nun die Revolution ausbrechen wird, was auch das Resultat eines offenen Aufstandes oder einer Verschwörung sein möge, in erster Linie ist es Pflicht der Partei, für die Einberufung einer Nationalversammlung einzustehen und derselben die Gewalt der provisorischen Regierung zu übergeben. Und gerade bei diesen Wahlen muß die Partei mit allen Kräften gegen die Kandidaten der Ausbeuter des Volkes auftreten und ihr Möglichstes thun, um den wirklichen Freunden des Volkes den Eintritt zu sichern.

\*) Das Juniheft von „Frei Rußland“ enthält folgende Artikel: Das Massaker in Lody. — Revolutionäre Proklamation aus der geheimen Presse. — Programm der Narodnaia Wolia. — Die Narodnaia Wolia-Gruppe an die Jungen. — Nachrichten aus Sibirien. — Die russische Politik zu Hause und im Ausland von Professor Dragomanoff. — Russische Notizen. — Russische Arbeiter in der revolutionären Bewegung von E. W. Plechanoff.

## Lokales.

Die „Berliner Zeitung“ benutzte seiner Zeit die Abrechnung vom Zustand der Buchdrucker, um in durchsichtiger Weise die angebliche geringe peluniäre Leistung der Seher des „Vorwärts“ mitzutheilen. Wir haben damals die Sache richtig gestellt und können nun noch mittheilen, daß wie aus dem heutigen Versammlungsbericht der Buchdrucker ersichtlich, infolge eines Rechenfehlers der Streikkommission die Beiträge der „Vorwärts“-Seher um 180 M. zu niedrig angegeben sind. Letztere betragen demnach 2908,35 M. und somit die Summe der Wading'schen Offizin überhaupt 3306,15 M.

Ein Berichterstatter schreibt uns, daß Fräulein Babniz in Gefängnisse zwangsweise ernährt wird, da sie, ihrem Gelübde getreu, sich weigerte, irgend welche Nahrung zu sich zu nehmen und ihr Gesundheitszustand bei längerem Fasten Gefahr lief. Während zwei Beamte die Gefangene hielten, stieß ein dritter ihr mittelst eines Gummischlauches die in eine breiartige Form gebrachte Nahrung ein.

Danach scheint bei Fräulein Babniz die nervöse Ueberreizung, von der wir uns in jüngster Zeit mehrfach überzeugen konnten, einen so bedauerlichen Grad erreicht zu haben, daß eine Nerven-Heilanstalt für sie jedenfalls der zweckentsprechendere Aufenthalt wäre als die Gefängniszelle. Denn bei einem Genossen in normalem Gesundheitszustand wäre unter den heutigen Verhältnissen der Gedanke des Hungerstreikes nach Art der Opfer der zarischen Grausamkeit einfach ausgeschlossen.

Durch einen schmutzigen Denuziantenstreich verlor der Kondukteur Buchholz der Allgemeinen Omnibus-Aktiengesellschaft, Linie Botanischer Garten-Oranienplatz seine Stellung. Beim Billetverkauf hatte derselbe aus Versehen ein Billet zu viel abgerissen und kuppirt, ein hinzugezogener „Herr“ bemerkte, daß das Billet welches er erhielt, bereits abgerissen war, und sprach dem Kondukteur gegenüber die Verdächtigung aus, daß er die Fahrscheine zweimal verkaufe, worüber ihn jedoch der Kondukteur sofort in genügender Weise aufklären konnte. Trotzdem fühlte sich der „Herr“ bewogen, an die Direktion eine Anzeige zu richten, infolge dessen der betreffende Kondukteur am Mittwoch früh ohne weitere Untersuchung sofort entlassen wurde.

Wieder einmal ist über ein schweres Dampferunglück zu berichten. Am Sonntag Abend, wenige Minuten vor 11 Uhr, kam von Friedrichshagen her der Dampfer „Augusta Viktoria“ auf die neugebaute Brücke bei Köpenick zu gefahren, um diese durch den Mitteldurchlaß zu passieren. Welche Umstände es veranlaßt haben, ist bis jetzt nicht erwiesen: kurz, der Dampfer steuerte nicht auf den Mittel-, sondern den rechten Seitendurchlaß hin und streifte hier den Pfeiler so stark, daß ihm Stücke des Vordertheiles und die Bank an der rechten Seite weggerissen wurden. Auf dem Dampfer befand sich der Rauchklub „Kernspitze“, eine Gesellschaft von etwa 200 Personen mit Musik. Etwa 16 bis 18 Personen wurden ins Wasser gerissen, aber wieder herausgeholt. Man hatte gehofft, daß Niemand sonst ein Unfall getroffen habe. Leider war die Annahme aber eine vorkühnliche; denn nach Köpenick wurden gestern früh zwei Personen aus vermißt gemeldet. Es wurde sofort nachgespürt und man fand bald zwei Tote, einen jungen Mann und eine junge Dame, die als das Ehepaar Oscar Schmidt, Am Ostbahnhof 20 wohnhaft, erkannt wurden. Die jungen Leute, die einen so frühen Tod erlitten hatten, sollen erst seit 8 Tagen verheirathet gewesen sein. Verletzt sind noch eine Anzahl anderer Mitfahrender worden, glücklicherweise aber nur leicht.

Von beteiligter Seite wird uns folgendes mitgeteilt: Der Rauchklub „Kernspitze“ fuhr in der 11. Stunde vom See-Club Friedrichshagen mit einem Dampfer der Stern'schen Gesellschaft ab. Bis zur Friedrichshagen-Köpenicker Brücke ging die Fahrt ordnungsmäßig vor sich. Dort fuhr der Dampfer mit ziemlicher Schnelligkeit durch den rechten Bogen der Brücke, nicht durch das Mittelloch. In der Mitte des Bogens angekommen, stieß der Dampfer mit dem Bugspriet auf Gemäuer, wobei die rechte vordere Sitzbank abbrach und mit ungefähr vierzig Personen ins Wasser stürzte. Durch den Aufschlag eilten sofort Schiffer herbei, die, soweit es sich vorläufig in der Dunkelheit ermitteln ließ, alle Personen, bis auf die beiden erwählten unglücklichen Solente auf Trockene brachten. Der Kapitän Bogt hat zu Protokoll der Gesellschaft „Stern“ erklärt, daß an der Brücke die für die Schiffer bestimmten Lampen fäimlichlich nicht gebrannt hätten. Der Vorstand des Vereins war gestern früh in der neunten Stunde in Köpenick bei dem Polizeiuspektor, welcher angeblich erklärt haben soll, daß man noch nicht nach Getrockneten gefischt habe; der Vorstand möchte, wenn er wolle, selbst mit nachsehen. Man nahm nun beim Fischer König einen Kahn und suchte von 10-1 Uhr, und fand nun an der Brücke die beiden Leichen. Nun erschien der Bürgermeister und ertheilte dem Schiffer König den Auftrag, bis 3 Uhr weiter zu suchen.

Eine Frau verlor infolge des Unfalls den Verstand. In Köpenick fand sich, als man ausgestiegen war, ein etwa 9-10 Jahre alter Knabe ein, von welchem der Köpenicker Gendarm feststellte, daß er nicht nach Köpenick gehörte. Das Kind konnte weder Namen noch Wohnung angeben. Alle, welche Angehörige, die an jener Parthie theilnahmen, vermissen, wollen sich bei Böhl, Haderdorferstr. 8, melden. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Alle Theilnehmer an der Partie begaben sich am Sonntag Abend per Bahn nach Hause.

Uns erscheint der Unfall noch nicht genügend aufgeklärt und wir fordern, daß eine gründliche Untersuchung stattfindet. Wenn auch den Beklagtenvertheuten, die uns Leben gekommen sind, nicht mehr geholfen werden kann, so erfordert es doch die Sicherheit des Verkehrs, daß das Personal der Gesellschaft „Stern“, deren erster Unfall der hier soeben geschilderte leider nicht ist, mit Bezug auf seine Fahrtüchtigkeit einer eingehenden sachverständigen Prüfung unterzogen wird. Ebenso scheint es uns, als ob die Verhältnisse auf der Köpenicker Brücke dem Interesse der Strompolizei besonders empfohlen werden müßten.

Polizeilich geschlossen wurde am letzten Sonnabend das Geschäft des Schlächtermeisters P. Schmidt, Flottwellstr. 10, und kurz darauf wurden das Schmidt'sche Ehepaar und der Geselle verhaftet. Als Ursache dieser Aufsehen erregenden Schließung des Geschäftes stellt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ durch eigene Recherchen das folgende fest: Wie der Polizeibericht vom letzten Sonnabend bereits kurz gemeldet hatte, war der Fleischerlehrling Lukas aus Nauen nahe dem Großen Stern von drei Männern überfallen, durch Knittelstöße betäubt und vom Wagen geworfen worden. Der Wagen wurde später, seiner Ladung beraubt, in der Hasenhaide vorgefunden. Der etwa 17 Jahre alte Franz Lukas aus Nauen ist bei dem Fleischermeister Wudolph Fischer daselbst in der Lehre und fährt allwöchentlich zweimal mit einer Ladung Fleisch nach Berlin, wo ihn sein Meister an der Zentralmarkthalle erwartet. In der Nacht zum Sonnabend wurde er nun von drei unbekannten Männern im Thiergarten angesprochen, dieselben baten ihn, er möge ihnen auf seinem Wagen einen Platz einräumen. Der Lehrling lehnte dieses Ansuchen entschieden ab, da rief einer der Männer: „Warte, mein Junge, das will ich Dir besorgen!“ — und schon hieb er ihn

mit einem dicken Knüttel über den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenfiel. Nun traten die beiden anderen Räuber in Aktion, sie zogen den Bewußtlosen vom Wagen herab, gaben ihm noch ein paar kräftige Tritte und ließen ihn auf der Chaussee liegen dann führen sie mit dem schwer beladenen Wagen schweigend nach dem Wald. Auf dem Wagen befanden sich acht Kinderviertel, fünf Kübber, vier halbe Schweine, diverse Käse, Jüngel etc.; die Ladung repräsentierte einen Werth von rund 700 M. Mit dieser Beute führen dann die Unbekannten durch die Vellewiestraße am Potsdamer Bahnhof vorbei nach der Flottwellstraße; wo der Raub bei dem Schlächtermeister Schmidt, Flottwellstraße 10, abgeladen wurde; das leere Fuhrwerk brachten die Spitzbuben dann nach der Hofstraße, wo sie es seinem Schicksal überließen. Inzwischen hatte sich der Lehrling aus seiner Bewußtlosigkeit auferrafft; zwei Männer, welche ihm hierbei hilfreich zur Seite waren, wiesen ihm dann den Weg nach der Sanitätsstraße in der Lessingstraße, wo er sich seine Wunden, die Banditen hatten ihm drei große Löcher in den Kopf geschlagen, verbinden ließ. Um 3 1/2 Uhr Morgens kam er hiernach in der Zentral-Markthalle an, um seinem Meister Bericht zu erstatten. Aber dieser hatte schon ein Telegramm seitens des Polizeireviere in der Grimmstraße erhalten, daß sein Fuhrwerk herrenlos in der Hofstraße aufgefunden und von der Polizei in Verwahrung genommen sei. Die Räuber waren sehr leicht zu ermitteln, denn bereits acht Tage früher war der Kriminalpolizei eine Denunziation zugegangen, daß der Schlächter Neumann die Absicht ausgesprochen habe, mit einigen guten Freunden ein aus Neuen kommenden Fuhrwerk mit Fleisch des Nachts zu überfallen und zu berauben. Auch war die Kriminalpolizei verständigt worden, daß Neumann mit dem Inhaber der Schlächtereier Flottwellstr. 10 bereits ein Abkommen betreffs Verkaufs des Fleisches getroffen habe; Schmidt wurde daher von der Polizei ständig überwacht. Diese Denunziation war von der Stiefschwester des Neumann, Frau Wadyski, Wollinerstraße 14, ausgegangen, bei der Neumann früher gewohnt hatte; später waren die Geschwister in Feindschaft auseinander gegangen. Nachdem nun der Raub zur Kenntnis der Behörde gelangt war, wurde sofort bei dem Schlächtermeister Schmidt in der Flottwellstraße Hausdurchsuchung gehalten und die geraubte Ladung fast vollständig bis auf einige bereits abgehauene Kalbsknochen in der Werkstätte auf der Erde liegend vorgefunden. Das Fleisch wurde nun, nachdem es von dem Schlächtermeister Fischer aus Neuen als sein Eigentum rekonstruiert worden war, demselben ausgehändigt und nachdem die Untersuchungspolizei passirt hatte, in den sieben Stadtbahn-Wägen (Fleisch-Engrosmarkt) zum Verkauf gestellt. Da der Markt fast zu Ende war, mußte Fischer billigere Preise stellen, so daß er die Waare zwar sehr schnell verkaufte, aber immerhin einen Schaden von 150 M. erlitten hat. Sowohl Neumann, als ein bei dem Schlächtermeister Zieger-Neuen etwa vierzehn Tage beschäftigt gewesener Geselle, dessen Name uns augenblicklich noch nicht bekannt ist, sowie Schmidt und Frau befinden sich in Untersuchungshaft. Der Geselle des Schmidt ist jedoch wieder aus der Haft entlassen worden, nachdem sich herausstellte, daß er von dem Vorgang nichts gewußt hat. Das Schmidt'sche Geschäft ist Montag wieder eröffnet worden; die Polizei hat seiner hier zu Besuch weilenden Schwägerin aus Thorn den Schlüssel zugestellt. Die Schwägerin des Schmidt veranstaltet nun den Anverkauf der vorhandenen Vorräthe. Es scheint, als ob außer Neumann und dem Zieger'schen Gesellen der Schlächtermeister Schmidt auch an dem Raube selbst theilhaftig war.

**Ausreißer Tod einer flüchtenden Straßenträuberin.** Vorgestern Abend in der achten Stunde hatte sich ein etwa zwanzigjähriges junges Mädchen in den Anlagen des Friedrichshain, nahe dem Denkmal am Landsberger Platz, an ein kleines Kind, das einige Einkäufe besorgen sollte, herangedrängt und dasselbe beraubt. Der Vorgang war aber von dem dort patrouillierenden Schuhmann sowie einigen Passanten beobachtet worden und sie machten sich sofort an die Verfolgung des mit seiner Beute flüchtenden Mädchens. Die Diebin wollte, um einen genügenden Vorsprung vor ihren Verfolgern zu gewinnen, den bei der Wüste des alten Friedrichshain befindlichen Teich durchqueren, glitt aber, als sie bereits die Mitte des Teichs überschritten hatte, auf dem morastigen Grunde aus, verlor das Gleichgewicht und fiel rücklings ins Wasser. Alle ihre Anstrengungen, wieder empor zu kommen, waren vergeblich; sie ertrank vor den Augen einer unterdeh zusammengelaufenen zahlreichen Menschenmenge, von der aber Niemand gewagt hatte, der mit dem Tode Ringenden zu Hilfe zu kommen. Auch der Schuhmann vermochte nur die Leiche des Mädchens mittels einer Stange aus dem Teich herauszuholen. Auf einer aus dem nahe gelegenen städtischen Krankenhaus requirirten Bahre wurde die Leiche dann dorthin gebracht. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Persönlichkeit der Ertrunkenen war bis jetzt noch nicht festzustellen.

**In einem offenen Konzertgarten vergiftet wurde in der Nacht zum Sonntag eine Frau aufgefunden.** Am Sonnabend Abend beging der konservative Bürgerverein Wedding in dem Lokal zum „Feldschützen“, Müllerstr. 142, eine Festlichkeit. Etwa um 10 1/2 Uhr, nachdem das Konzert im Garten zu Ende war, wurde dieser geschlossen, so daß der Aus- und Eingang nur durch das Lokal hindurch erfolgen konnte. Als nun gegen 3 1/2 Uhr früh eine an dem Fest theilnehmende Dame den Garten betrat, sah sie an einem Tische eine Frau auf dem Erdboden liegen. Der Buchdrucker-Besitzer Hesse und der Busstier des Lokals Lindner eilten sofort hinzu und fanden, daß die Frau bereits todt war. Neben ihr lag eine Menge weißen Pulvers, eine Seltenerwasserflasche und ein dazu gehöriges Glas, in welchem augenscheinlich ein Theil des Pulvers mit Wasser zusammengemührt worden war. Außerdem hatte die Unbekannte schwarze Kirichen mit dem weißen Pulver bestreut und anscheinend davon gegessen. Welcher Art das Gift ist, steht noch nicht fest. Nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, wurde die Leiche dem Schauhaus zugeführt. Es handelt sich um eine etwa dreißig Jahre alte Frau mit dunkelblonden Haar. Ihre Kleidung besteht aus einem runden schwarzen Hut mit schwarzer Schleife, einem dunklen Regenmantel mit gelbgeränderten Knöpfen, einem roth und schwarz gestreiften Kleid, blauen Handschuhen und Zügelstiefeln. Bei der Leiche wurde eine metallene, in der Mitte rund ausgehöhlte Broche gefunden, welche quer über dem Ausschnitt eine Lanze und auf dem Rande die Umschrift „Dieu vous garde“ trägt; ferner eine kleine Geldtasche, keine Hutnadel mit gelbem Kopf und zwei Taschentücher mit roth und gelber Kante und dem Zeichen W. K. Wie die Verstorbenen, über deren Person bislang nichts ermittelt werden konnte, in den Garten gekommen ist, konnte nicht festgestellt werden.

**Polizeibericht.** Am 10. d. M. früh wurde an der Potsdamerbrücke die Leiche einer unbekanntem Frauensperson aus dem Wasser gezogen. — Beim Aufstellen einer Stangenstütze auf dem Grundstück Königin-Augustastr. 25-27 verunglückte gegen Mittag ein Maurer dadurch, daß er aus der Höhe von etwa 8 Metern auf den Hof hinabfiel. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Beim Passiren der Wolliner-Theaterstraße verlor ein Arbeiter infolge eines Ausrutschens. — Der Führer eines Milchwagens gerieth Nachmittags in der Flensburgerstraße bei dem Versuche, sein schon gewordenes Pferd anzuhalten, unter die Wagenräder und erlitt dadurch einen Bruch des linken Unterschenkels. — Gegen Abend ertränkte sich eine noch nicht ermittelte Frauensperson in dem Kleinen Teich am Friedrichshain. — Am demselben Tage fand Rosenhallerstr. 1 ein unbedeutendes Feuer statt. — Am 17. d. M. früh wurde in einem Restaurant in der Müllerstraße eine Frauensperson todt an einem Gartentische sitzend vorgefunden. Nach ärztlichem Gutachten hatte sich dieselbe vergiftet. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. — In der unteren Freiarde wurde die Leiche eines Kaufmanns aus dem

Wasser gezogen. Selbstmord ist nach einer bei der Leiche vorgefundenen Bleistiftnotiz unzweifelhaft. — Nachmittags wurde ein obdachloser Arbeiter in einem Schuppen des Grundstückes Zionskirchstraße 29 erhängt vorgefunden. Er hatte kurz vorher den Versuch gemacht, sich selbst die Kehle zu durchschneiden. — Abends wurde in der Vehrterstraße das vor eine Kehrmaschine gespannte Pferd schein und ging durch. Der Kutscher fiel dabei unter die Maschine und wurde an der Brust so schwer durch Quetschungen verletzt, daß er nach der Charitè gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 18. d. M. wurden bei einem in einem Tanzlokal in der Proskauerstraße 37/38 entstandenen Streit der Kutscher Schmidt und der Arbeiter Krause durch Messerschläge verletzt, namentlich ersterer so schwer am Unterleib und linken Oberschenkel, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 17. d. M. fand Küstrinerplatz 2 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Einiges argen Schwindels** war der Töpfer Ernst Harde r beschuldigt, welcher gestern der ersten Ferien-Strassammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der Angeklagte will früher dem Kriminalkommissar Grimmauer Vigilantendienste geleistet und dabei Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben, die er bereits zu vielfachen Betrügereien benützt hat und die auch in den beiden Betrugsfällen eine Rolle spielen, die ihm jetzt zur Last gelegt wurden. Am 28. Februar d. J. erhielt der Fabrikbesitzer Anton Lehmann von dem Angeklagten, der sich einen fremden Namen beilegte, ein Schreiben, worin der Absender dem Adressaten mittheilte, daß er den Beweis dafür liefern könne, daß in seiner zu Nieder-Schönweide belegenen Fabrik umfangreiche Diebstähle angeführt worden seien und daß in der kommenden Nacht wieder ein großer Diebstahl geplant sei. Da der Schreiber sich darauf berief, daß er vor etwa fünf Jahren in einer ähnlichen Angelegenheit, wenn auch erfolglos, für den Adressaten thätig gewesen und da der Letztere sich dieses Umstandes entsann, so glaubte er, die Sache nicht von der Hand weisen zu sollen, sondern forderte den Angeklagten zu einer Besprechung auf. Der Angeklagte beharrte auf seinen Behauptungen, häufte sich aber sonst in den Mantel des Geheimnisses und behauptete, an Ort und Stelle thätig sein zu müssen. Lehmann gab ihm 4 M. und schickte ihn zu seinem Sohne, der die Fabrik in Nieder-Schönweide leitete. Diesem gegenüber machte der Angeklagte ebenfalls nur unbestimmte Andeutungen, schickte aber noch einmal einen Boten mit einem Brief an Herrn Lehmann sen., in welchem er um einen Vorschuß von 20 M. bat, da er des Geldes dringend bedürfe, um seine Vorbereitungen zur Ermittlung der Diebe treffen zu können. Das Geld wurde ihm bewilligt. In der Nacht ließ sich in der Fabrik nichts Verdächtiges blicken. Der Angeklagte behauptete, daß der Fabrikleiter die Sache verrathen habe, weil er den Wächter und noch andere Personen ins Geheimniß gezogen. Am folgenden Tage wandte der Angeklagte sich mit einem Schreiben ähnlichen Inhalts an den Fabrikbesitzer Rühl. Hier beanspruchte er eine Belohnung von 200 M. Bevor Rühl sich entschied, war der Angeklagte verhaftet worden, da sein Ausstreuen in der Lehmann'schen Angelegenheit Verdacht erregt hatte. Im Verhandlungstermine machte der Angeklagte so viele Winkelzüge und stellte so verschiedene Beweisansätze, daß der Gerichtshof schließlich die Verhandlung vertagen mußte, um neue Zeugen zu vernehmen.

**Nicht identisch.** Herr Karl Münch, Straßburgerstraße 19 wohnt, erucht und um die Mittheilung, daß er mit dem in Nr. 165 erwähnten Herrn Münch nicht identisch ist. — Ebenso erucht und der Eigentümer H. Henz, Kraustr. 42, um die Mittheilung, daß er mit dem in unserer Nummer vom 16. d. M. erwähnten Eigentümer Henz nicht identisch ist.

## Soziale Ueberblick.

**Die Töpfer werden erucht,** den Zugang nach der Kitter'schen Ofenfabrik in Nürnberg fernzuhalten. Die Leitung derselben hat Schnabzüge von 25-40 pSt. vorgenommen.

**Vor Arbeitseintritt in der Firma Rudolf Preiswerk, Basel,** warnt der Vorstand des dortigen Schlosser-Gesellenvereins die organisirten Schlosser. Die Firma läßt noch 11 Stunden arbeiten.

**Ein deutscher Schuhmacherkongress** findet in Frankfurt a. M. Montag, den 26. September, Vormittags 8 Uhr, im „Gasthaus zum Heibrod“, Kruggasse 4, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Organisation der in der Schuhindustrie und im Schuhmachergewerbe thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, in Berücksichtigung der Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter W. Bock-Gotha. 2. Die zweckmäßigsten Mittel zur Erreichung einer besseren Existenz der Schuhmacher. Referent: Herr J. Siebert-Nürnberg. 3. Wahl eines Vertrauensmannes resp. Schiedsrichters in Streitangelegenheiten. 4. Anträge aus der Mitte des Kongresses. Alle Anträge bezüglich des Kongresses sind an Michael Fischer in Frankfurt a. M., Schnurgasse 19, zu richten.

**Unausfallsam bergab** geht es mit dem deutschen Bauernstande. An seine Stelle tritt der Großgrundbesitz, welcher Grund und Boden nach kapitalistischen Grundgesetzen bewirtschaftet. Das geht auch aus den Bauernbriefen hervor, welche die „Pfälzer Zeitung“ aus dem Bezirk veröffentlicht. In diesen Briefen wird ein noch gut situirtes Dorf als Probe genommen und zunächst konstatiert, daß vor 15 Jahren in dem betreffenden, etwa 700 Einwohner zählenden Dorfe 88 Bauern vorhanden waren, heute dagegen nur 42 anzutreffen sind. Der Beobachter schildert die Lage der verschiedenen Kategorien Bauern und kommt zu dem Schlusse, daß die Bauern, welche von ihrem eigenen Schmal leben, ganz und gar ausgestorben sind. Alle sind mehr oder weniger auf Nebenverdienste angewiesen. Ein bestimmter Pferdewagen der dortigen Gegend hat bei einem Gesißtande von 3 Pferden, 4 Kühen, 3 Rindern, 2 Kälbern, 42 Morgen Land, jährlich einen Durchschnitts-Ueberschuß von etwa 96,50 M., vorausgesetzt, daß das Jahr gut ist. Da dies aber nicht oft der Fall ist, so ist er auf Nebenverdienste angewiesen, die ihm in unserem Falle 400 M. einbringen. Dabei ist die Lebensweise eine höchst dürftige. Der betreffende Bauer gönnt sich seit seiner Verheirathung nur selten ein Glas Bier; er muß sich abradern Tag und Nacht, und dabei sagt unser Gewährsmann, nur wenige Bauern stellen sich so gänzlich, wie dieser hier. Der Ochsenbauer mit 9 bis 10 Seltar Land, 1 Paar Ochsen, Kühe und Rinder, nimmt in einem speziellen Falle in einem Durchschnittsjahre 568 M. ein und giebt 948 M. aus, er arbeitet also ständig mit Verlust; seine Landwirthschaft lohnt nicht mehr. Auch hier muß das Fehlende durch Nebenverdienste beizugeschafft werden; die ganze Familie muß mitarbeiten. Noch schlimmer ist die Lage der sogenannten Kuhbauern, welche die Mehrzahl aller Landwirthschaft Treibenden bilden. Ueber diese bemerkt der Briefschreiber: „Das Eigentum eines solchen besteht gewöhnlich in einem vernachlässigten Hause, zwei armen Kühen, einem oder zwei Rindern, wovon alle ein bis zwei Jahre eins verkauft wird. Brotfrüchte werden so viele gepflanzt, als man in der Familie nöthig hat, oft auch weniger. Dabei gewöhnlich viel Kinder. Als Brot dient ein Gemengel

von halb Gerste, halb Korn und Kartoffel. Anfangs Winter wird ein Schweinchen geschlachtet, wenns gut geht, noch eins im Frühjahr. Die Hauptkost bilden Kartoffeln in allen möglichen Zubereitungsarten.“ Der Beobachter bemerkt zu seinen Situationsbildern, seine Schilderungen seien treu dem Leben entnommen. Um das Bild einigermaßen freundlich zu gestalten, habe er nur das Leben fleißiger, sparsamer Bauern dargestellt. Weniger fleißige und sparsame gehen alle zu Grunde. Es sind mir Orts bekannt, in denen vor 20-30 Jahren sehr reiche Bauernfamilien hausten. Geht heute hin! Da stehen die leeren Bauernhäuser. Die Bauern sind zu Grunde gegangen.“

**Ueber Herabsetzung der Gebirge Klagen,** wie man der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, im ganzen rheinisch-westfälischen Kohlenrevier die Bergleute. So wurde in einer in Essen abgehaltenen Versammlung der Belegschaft der Zeche Hercules mitgetheilt, früher seien für einen großen Wagen 85 Pf. gezahlt worden, jetzt erhalte man nur 40, 50, ja auch wohl mal 60 Pf. Bisher habe man geglaubt, die Wagen enthielten nur 12 Scheffel; nun aber sei durch Nachmessen erwiesen, daß dieselben 14's Scheffel enthalten. Auch die jetzige Vausführung in den Gruben wurde scharf kritisiert. Dieselbe sei unpraktisch, zu kostspielig und zu lebensgefährlich. Jetzt würden Soblenstrecke, Pfeiler und Ort II zusammen genommen, während früher erst Ort getrieben und dann die Pfeiler zurückgeholt worden wären. Ferner beschwerte man sich über das zu frühe Ausfahren, über Erstattung der Gehaltscheine von Seiten der Arbeiter und über die Behandlung durch ungeschulte Beamte. Auch die schlechten Fabriken in manchen Gruben wurden erwähnt. Zum Schlusse geistelte man das Denunziantentum unter den Bergleuten. — Wenn die Ultramontanen sich angefangen solcher Zustände einbilden, die Bergleute der Sozialdemokratie fernhalten zu können, so unterliegen sie einer für uns sehr amüsanten Täuschung. Was intelligent ist unter den Bergleuten, das muß sich unter solchen Verhältnissen früher oder später unserer Partei anschließen; die dummen und egoistischen Elemente suchen sich durch Liebedienerei bei den Bergverwaltungen eine bessere Existenz zu sichern, schließlich werden aber auch sie einsehen, daß das eine verfehlte Spekulation ist, und sich dann gleichfalls um das rothe Banner schaaren.

**In Bräun** feiert am 24. Juli der „Fach- und Gewerksverein der Eisen-, Metall-, Holz-, Gips- und deren Mitarbeiter Mährs“ das Fest seines 20jährigen Bestehens in Schreiwald's Reitationsgarten unter Theilnahme sämtlicher Bräuner Arbeitervereine.

## Versammlungen.

**Die Filiale Berlin II der Maurer u. Deutschlands** hielt am 6. d. Mts. (der nachstehende Bericht ging uns erst Ende der letzten Woche zu) ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte zunächst die in der Versammlung erschienenen, zur 8. Generalversammlung der Klasse in Berlin anwesenden Delegirten. Hierauf erhielt Herr Bömelburg-Hamburg zu seinem Vortrage das Wort. Redner sprach über „die Lage der Arbeiter im Allgemeinen und der im Baugewerbe beschäftigten speziell“ und erlebte sich seiner Aufgabe in dreiviertelständiger Vortrage in ausgezeichnete Weise. Er beleuchtete alle Umstände, welche schädigend auf das Gewerbe und die Arbeiter wirken, wie unter dem heutigen System das Maschinenwesen, das Eingreifen desselben in das Baugewerbe, den Wauschwindel, die Arbeitsbedingungen, den Versuch der Unternehmer, durch lange Arbeitszeit die Aufklärung unter den Arbeitern zu hemmen und dadurch die Lokureduktionen zu fördern u. s. w. und wie dem entgegenzutreten resp. abzuwehren sei. An der Diskussion theilnehmten sich im selben Sinne die Herren Bonn-Frankfurt, Meyer-Hamburg, Tiefen-Hannover und Silbermann, welche trotz der schweren Stellung der Filiale die Mitglieder ermahnten, an dem Zentralverband festzuhalten. Kerstan und Racijewski beklagten sich noch über die Handlungweise der Parteipresse, welche zum Theil durch Repler beeinflusst erscheine, da die Berichte unserer Versammlungen öfter den Lokalisten zur Begutachtung unterbreitet würden. Wir glauben im Interesse der gesammten Parteipresse zu handeln, wenn wir diese Behauptung als in ihrem ganzen Umfange ungläublich auf das allerentschiedenste zurückweisen. (Red. d. B.) Herr Kerstan erwähnte dann noch den im „Vorwärts“ veröffentlichten von Röll und Dietrich unterzeichneten Aufruf, beginnend mit dem Worte „Genossen“, welcher von Unwahrheiten gegen den Zentralverband trohe, und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß der Unterzeichnete Röll, welcher bekanntlich nicht aus dem Boden des Parteiprogramms stehe, sondern zu den „Unabhängigen“ gehöre, die Arbeiter Berlins noch heuchlerisch mit „Genossen“ anrufe. Bei der nun folgenden Wahl der Delegirten zum Verbandstage erhielten Kerstan 88, Klingenberg 24, Schuy 17, Gröppler 9 und Großfeld 1 Stimme. Die hierauf erstattete Abrechnung des Kassirens über das dritte Quartal ergab inklusive des alten Bestandes eine Einnahme von 471,20 M. und inkl. 800 M., welche an die Hauptkasse gesandt wurden, eine Einnahme von 899,63 M., mithin verblieb ein Bestand von 71,57 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt.

**Die freie Vereinigung der Zivil-Berufsmuster** hielt am 12. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche mittelmäßig besucht war. Eingeladen waren zu dieser Versammlung alle diejenigen, welche die Vereinigung im Vierteljahr April-Juni durch Uebertragung von Aufträgen an die Geschäftskommission materiell unterstützt haben. Dieser Einladung hatten mehrere Herren entsprochen. Kollege Schoner t referirte über das Thema: „Unsere Geschäftskommission und wie hat die letzte ihres Amtes gewaltet?“ Er kam zunächst auf die Ursachen zu sprechen, welche seiner Zeit Veranlassung gaben, neben dem seit 15 Jahren bestehenden „Verein Berliner Muster“ noch die Gründung einer freien Vereinigung vorzunehmen, und hob hervor, daß man von dem alten Musterverein erlauft habe, daß er den heutigen Verhältnissen nicht entspreche und es, um den Muster eine bessere wirtschaftliche Lage zu erringen, deshalb notwendig sei, allen Künstlerdunkel abzulügen und sich als Arbeiter, was der Muster thatsächlich nur sei, mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch zu verbinden, um so auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung für eine wirtschaftliche Besserstellung sowohl der Muster als der ganzen Arbeiterschaft zu kämpfen. Und da man von einer Kampfweise dieser Art bei dem alten Vereine nichts wahrgenommen habe, sondern vielmehr inne geworden sei, daß in demselben nicht die Interessen sämtlicher Mitglieder, sondern nur diejenigen einiger Weniger berücksichtigt wurden, so gründete man eine neue Vereinigung, in welcher jene Uebel keinen Boden finden sollten. Leider hätten sich aber auch in dieser neuen Vereinigung Elemente eingeschoben, welche zur Erreichung ihrer selbstthätigen Zwecke sich selbst nicht scheuten, das Vertrauen, das ihnen der Verein durch Uebertragung von Aufträgen entgegenbrachte, zu mißbrauchen. Redner erläuterte dann den Zweck der Geschäftskommission und bringt an der Hand von Belastungsmaterial den Beweis: daß sich die Herren der Geschäftskommission (E. Riel und M. Schulz) als solche Unregelmäßigkeiten der schwersten Art haben zu Schulden kommen lassen, daß sie bei Abschließung von Aufträgen durch Redensarten, wie „der Verein stellt nur schlechte, die Herren „privatim“ aber gute Muster“ u. s. w. die Auftragsgeber zu veranlassen wußten, von ihrem ursprünglichen Vorhaben: dem Verein die Musterbestellung zu machen, Abstand zu nehmen und jenen Herren die Aufträge privatim zu übertragen. Ferner haben sich die Herren zu vielen Konzerten eigenmächtig als Dirigenten aufstellen lassen, wie aus den Inseraten im „Vorwärts“ ersichtlich, theilweise ohne zur Leitung

eines Konzerts die Befähigung zu besitzen. Als Dritter im Bunde stehe der Kollege G. Jahnke im Verdacht, mit den Herren der Geschäfts-Kommission Hand in Hand gearbeitet zu haben. Da Jahnke nicht anwesend, wird seine Angelegenheit vertagt. Bei der Diskussion meldet sich zunächst als Gast ein Herr Simon, welcher bestätigt, daß Schulz bei Abschluß eines Musikgeschäftes zu ihm ebenfalls Äußerungen, wie die vom Redner erwähnten, als: „privatim: gute Musik — Verein: schlechte Musik“, gethan hat, um das Musikgeschäft für sich zu ergattern, und somit den anderen Vereinsmitgliedern gegenüber geschäftlich im Vortheil zu sein. Gastwirt Bernau, welcher zu der Versammlung besonders geladen war, bringt noch mehr belastendes Material gegen die Geschäfts-Kommission vor und betont: daß man hierin unbedingt Wandel schaffen müsse, falls die Vereinigung vorwärts schreiten soll. Es sei genug Mißgünstiges über die Freie Vereinigung in die Berliner Arbeiterschaft gedrungen, so daß es ihm schwer falle, für den Verein zu agitieren, so gern er auch wolle, und so leicht es ihm auch werden würde, wenn Alles im Verein mustergiltig vor sich gehe. Redner spricht dann noch sein Mißfallen aus über das beharrliche Schweigen des anwesenden Herrn W. Schulz, welcher gerade durch dieses Schweigen beweise, wie schuldig er sei. Hierauf bringen die Kollegen Berger, Walther, Wulffen u. A. weiteres Belastungsmaterial gegen die Geschäfts-Kommission vor. Die Herren Niel und Schulz, welche sich nun zum Wort melden, fordern nichts Wesentliches zu ihrer Entlastung zu Tage. Der anwesende Gastwirt Rogge erklärt, daß es im zweiten Wahlkreis vollständig gleichgültig sei, wer von den Vereinsmitgliedern bei dem Sommerfest des zweiten Wahlkreises die Musik dirigiere; von speziellen Wünschen des Herrn Jahnke könne daher keine Rede sein, auch habe sich derselbe schon früher unanständig benimmt. Nun gelangt nachfolgende, von Vogel gestellte, gegen 2 Stimmen angenommene Resolution zur Abstimmung:

„Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die Geschäfts-Kommission bestehend aus den Kollegen G. Niel und W. Schulz ihren Posten als Geschäfts-Kommissions-Mitglieder nur in ihrem persönlichen Interesse ausgenutzt haben: sie entzieht den Herren das ihnen vom Verein bisher entgegengebrachte Vertrauen, und hält sie zur Velleidung jedweden Amtes im Verein in der Zukunft für unwürdig.“

Gegen den Herrn W. Schulz stellt Kollege Vogel, weil Schulz ganz besonders schwer belastet, Ausschlußantrag, welcher mit 24 gegen 23 Stimmen angenommen wird. Viele Kollegen enthalten sich der Abstimmung. Hiernach fand nach einigen Worten der Begründung die Wahl eines Mandanten statt, aus welcher Kollege H. Lopp als gewählt hervorging. Zur Wahl von „Vereinsdirigenten“ gab es wieder längere Debatten. Schönerl beantwortet den Antrag, während die Kollegen Graß und Bismarck denselben aufs heftigste bekämpften. Die Angelegenheit wird schließlich zur eingehenden Berathung an den Vorstand verwiesen und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen des Vereins geschlossen.

**Eine auf besuchte Mitglieder-Versammlung des Arbeitervereins deutscher Tabakarbeiter, Zehlfabrik Berlin,** tagte hier am 12. d. Mts. Nachdem die Abrechnung vom zweiten Quartal und die Bezeichnung der dem Vorstand in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolloren Erledigung gefunden hatte, schickte der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege H. Meißner, zu seinem Vortrage über die Einführung der Arbeiter-Schutzmarke in der Tabakbranche das Wort. Redner gab zunächst seine Verwunderung darüber kund, daß an dem Orte, der doch eigentlich die Wiege dieser Maßregel ist, noch getheilte Ansichten hierüber vorhanden sind. Die rapide Entwicklung des Kapitals mache auch in unserer Branche den Kampf um Besserstellung der Arbeitsverhältnisse in der bisher geübten Weise nahezu zur Unmöglichkeit, weshalb es notwendig gewesen sei, daß wir uns nach geeigneteren Kampfmitteln umsehen; ein solches solle nun die Kontroll-Marke sein. Wenn, wie auch von den Gegnern in Berlin behauptet wird, durch dieses Mittel zuerst einwirkend einzelne Arbeiter wirtschaftlich geschädigt würden, so sei das eben weiter nichts, als was von allen sozialreformatorischen Maßregeln gesagt werden könne. Die Beschränkung der Frauenarbeit, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages wirkten zunächst ebenso auf den Einzelnen wie die Schutzmarke, und doch sehe die zielbewusste Arbeiterschaft alles daran, daß solchen Verbesserungen Gesetzeskraft gegeben wird. Wir appellirten mit unserer Maßregel an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter und hofften dadurch, ohne unsere Anforderungen zu hoch zu schrauben, die Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen zu heben und insbesondere die Organisation derselben zu stärken und zu fördern. In der Diskussion wurden seitens der Gegner der Schutzmarke schon so oft gehörte Einwände wieder vorgeführt, z. B., daß diese Maßregel die Organisation eher schwächen als stärken werde, indem der verheiratete Arbeiter ohne die Nachfeierabend-Arbeit nicht mehr in der Lage sein würde, die Beiträge zu dieser zu erwirgen. Kollege Herrmann, prinzipieller Gegner der Schutzmarke, motivirte seinen Standpunkt damit, daß er in der Einführung derselben keinen Vortheil erblicken könne, sondern der Vortheil nur ein scheinbarer sei, deshalb wolle er die Tabakarbeiter vor der Kontrollmarke geschützt wissen. Durch den Kollegen Dittl wurde dann der Versammlung mitgeteilt, daß nicht nur die Kollegen, sondern auch angeblich gefinnungsverwandte Zigarrenhändler in ihrer Versammlung ein Bollwerk gegen die ungeschicktesten Bestrebungen errichten wollten, die in dem Reglement für die Schutzmarke enthalten sein sollen. Der Zigarrenhändler Rogge verwehrete sich, eine dahingehende Aeußerung gethan zu haben — dieselbe wurde indessen von dem Schriftführer der stattgehabten Händlerversammlung bestätigt —, sondern erklärte, er sei kein Gegner der Schutzmarke, könne sich vielmehr nur mit den §§ 1 und 6 der Bestimmungen des Reglements nicht einverstanden erklären. In seinem Schlusswort hob Kollege Meißner mit Genugthuung hervor, daß auch in der heutigen Diskussion kein prinzipieller Gegner aufgetreten sei. Sollten in dem Reglement sich einzelne Bestimmungen in der Praxis nicht bewähren, so könnten diese allmählig geändert werden. In die örtlichen Streitigkeiten mische er sich nicht, doch könne er es nicht unterlassen, der Versammlung zum Schluß die erste Mahnung aus Herz zu legen, daß auch bei der in Rede stehenden Angelegenheit wie bei allem, was die Arbeiter unternehmen, Einigkeit die Hauptsache sei; ohne diese kein Erfolg, mit dieser: Sieg auf der ganzen Linie!

**In Weiskensee** fand am 13. Juli eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage Hübels eine Filiale des Berliner Allgemeinen Arbeitervereins gegründet wurde. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Schöneberg.** Am 14. d. Mts. tagte hier eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Frä. Baader aus Berlin über die Frau und der Sozialismus sprach. Anwesend waren etwa zweihundert Frauen. Mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau der Vergangenheit beginnend, kam Frä. Baader schließlich auf die Jetztzeit zu sprechen und bewies, wie nötig es sei, daß die heutigen Frauen in den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen gegen die ausbeutende Kapitalherrschaft sich den Männern anschließen haben. Man liebe es, die Forderungen der Frau auf Gleichberechtigung mit dem Manne auf ihre Stellung als Leiterin der Familie, der edlen Sitte, der Weiblichkeit zurückzuführen. Thatsächlich aber fühle man sich dadurch nicht verbunden, die Frau wirtschaftlich auszubeuten und ihr die schwersten Lasten aufzuerlegen. Durch die schwere Beschäftigung der Frauen in den Bergwerken, Ziegeleien, Fabriken und auf Bauten, sowie durch die Thatsache, daß die Frau ebenso wie der Mann die Pflicht der Steuerzahlung habe und ebenso wie er vor dem Strafgericht

behandelt werde, sei bewiesen, daß die Frau sich auch politische Macht zu erobern hätte. Rednerin besprach noch die Prostitution, die durch die schreckliche Noth geübt wird, und empfahl den Frauen, sich fleißig um das öffentliche Leben zu kümmern. Eine Resolution im Sinne des Vortrages wurde einstimmig angenommen. Hierauf nahm die Versammlung die Abrechnungen über die Gemeinde- und Gewerbeverordnungen und das Meistert entgegen und ertheilte den Kassieren Decharge. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

**Steglitz.** Am 14. Juli erhaltete in einer öffentlichen Versammlung der Maurer von Steglitz, Friedenau und Umgegend Kollege Nahrung Bericht über die jetzige Lohnbewegung. Das Resultat war, daß von 12 Meistern, an die seitens der Kollegen Forderungen gestellt worden waren, 4 den verlangten Stundenlohn von 55 Pf. zahlten, 2 bewilligten vom nächsten Zahltag ab, die Uebrigen zahlten einen Lohn von 50—55 Pf. Es wurden seitens der Kollegen die Mißstände, welche noch auf vielen Bauten vorhanden sind, scharf kritisiert, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die in der heutigen Versammlung anwesenden Kollegen verpflichten sich Mann für Mann, in der Lohnbewegung weiter fortzuführen und auf den einzelnen Bauten, wo ein Lohn von 55 Pf. noch nicht durchschnittlich gezahlt wird, ihre Namensunterschrift zu geben. Gleichzeitig verpflichten sich sämtliche Kollegen, thätigst zum Generalstreik beizusteuern. Unter Verschiedenem beantragte Kollege Stahn, die Kollegen Senf, Tornow, Boake und den Polier Köhling zur nächsten Versammlung brieflich einzuladen, damit dieselben bekunden, ob es auf Wahrheit beruht, daß der Antragsteller seinen früheren Polier begünstigt habe.“

**In einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauser u. s. w. Deutschlands (Zahlfabrik Berlin)** wurde am 14. Juli von den Delegirten Bericht über die 8. ordentliche Generalversammlung ertheilt, deren Beschlüsse den Lesern bereits bekannt sind. In der Diskussion wurde das Eintreten der Vertreter der kleinen Zahlfabriken für das Weiterbestehen der Kasse kritisiert; man hätte sich doch bemüht sein müssen, daß die insolge dessen nötigen enorm hohen Beiträge von den Mitgliedern nicht aufgebracht werden können, und dann würde nach kurzer Zeit wegen Mangels an Mitgliedern die Kasse liquidirt müssen. Die Delegirten Klingenberg, Wille, Willnig und Silber Schmidt gaben zu bedenken, daß sämtliche Kassen — ob freie oder Ortsklassen — dieselben hohen Beiträge fordern müßten, wenn sie bestehen wollten. Wenn man nun stets mit dem Austritt drohe, so solle man, da sämtliche Arbeiter versichert sein müßten, bedenken, daß dort, wo man hingehen wolle, dieselben Verhältnisse obwalten, man also womöglich vom Regen in die Traufe komme. Darum wollten wir nicht sofort den Austritt verweigern, sondern nach wie vor für die Kasse eintreten; sollte sich dann herausstellen, daß wir nicht existieren können, so hätten wir wenigstens die Gewißheit, alles versucht zu haben. Ersthmann meinte, die Wirkung, welche das Sozialistengesetz auf das Proletariat hervorgerufen habe, werde das Krankentassen-gesetz auf die Mitglieder der freien Kasse hervorbringen, wenn man es richtig anwende und sofern man sich nicht ins Bodenhorn jagen lasse, wie es den Anschein habe. Silber Schmidt stellte diese Theorie als unhaltbar hin, indem seiner Meinung nach die Wirkungen beider Gesetze auf die Arbeiter sich in keiner Weise vereinbaren lassen. Nachdem noch mehrere Fragen betreffs der Kasse von den Delegirten beantwortet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die öffentliche Buchdrucker-Versammlung,** welche behufs Stellungnahme zu dem neuesten Gewaltakte der Leipziger Prinzipalsführer Klinshardt und Genossen am 16. d. Mts. nach dem Saale des Böhmischen Brauhauses einberufen worden war, hatte den großen Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Ueber zweitausend Personen waren anwesend. Referent Herr Weste sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Gehilfenschaft von Neuem mit einem derartigen Thema sich zu beschäftigen habe und daß es erforderlich sei, sich energisch Ruhe zu verschaffen gegen die Prinzipale, welche sich um Dinge kümmern, die sie durchaus nichts angehen. Er habe geglaubt, daß die Prinzipale sich begnügen würden mit den Machinationen gegen die Gehilfenschaft während des letzten Ausstandes. Diese Erwartung sei eine irrige gewesen, wie der neue Gewaltakt beweise. Die allernüchternste Darstellung desselben ist in Nr. 102 des „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Referent war der Ansicht, daß der Invalide Cossier nur die vorgeschobene Person der Prinzipale sei, welche sich schon lange mit dem Gedanken trage, ihrerseits Invalidentassen zu gründen, durch die Rücksicht auf den Kostenpunkt aber davon abgehalten worden sind. Die Prinzipale hielten offenbar den Zeitpunkt für gekommen, diese Kasse für ihre Schützlinge nutzbar zu machen resp. die Invalidentasse in ihre Hände zu bekommen. In dem gesunden Sinne der Verbandsmitglieder werde dieses Unterfangen scheitern, wenngleich die Prinzipale auch eine Anzahl Unterschriften zu dem Antrage Cossier erhalten würden. Die aus der Offizin des „Berliner Fremdenblattes“ entlassenen Kollegen sind, wie der Referent berichtete, nicht durch den Versuch des „Fremdenblattes“, sondern durch einen Sohn desselben, Hans Schenk, entlassen worden. In dem Entlassungszeugniß wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Betreffende „entgegen der bestehenden Arbeitsordnung dem Unterstufungsverein deutscher Buchdrucker angehört“. Die neu engagierten Kräfte sind nur unter der Bedingung eingestellt worden, daß sie den Antrag Cossier unterschreiben. Redner gab unter der lautesten Zustimmung der Versammlung der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Zeit kommen werde, wo mit den Prinzipalen abgerechnet werden würde. Herr Böblin rechtfertigte die Beschlüsse der Generalversammlung und wies die Anschuldigungen Cossiers als unberechtigt zurück. Die Leipziger Kollegenschaft habe gleichfalls gegen das Gebahren des Herrn Klinshardt protestirt. In der betreffenden Versammlung sei übrigens ein Schreiben des Herrn Cossier eingelaufen, laut welchem Herr Cossier seinen Antrag zurückgezogen hat. (Ungeheure Heiterkeit.) Das Fiasco des Herrn Klinshardt sei damit besiegelt. Daß die Bewegung den Gehilfen genügt und auch den Behörden die Augen darüber geöffnet habe, wo Mißstände zu suchen sind, beweise die Antwort des hiesigen Polizeipräsidenten auf das Gesuch eines Buchdruckerbesitzers um Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Das Polizeipräsidium lehnt diesen Antrag ab und stellt es dem Antragsteller anheim, mehr Arbeitskräfte einzustellen und nicht mehr Aufträge anzunehmen, als er zu bewältigen im Stande sei. (Allgemeines Bravo.) Redner war gleichfalls der Ansicht, daß in Zukunft jedwede Rücksicht gegen die Prinzipalschaft schwinden müsse, und ermahnte im Uebrigen zur Einigkeit. Zur Sache sprachen ferner die Herren Rosen berg, Silberberg, Salomon u. A.

Herr Weste beantragte folgende Resolution:

„Die am 16. Juli im Böhmischen Brauhause tagende Berliner Gehilfenschaft weist den Versuch des Buchdruckerinvaliden August Cossier und seiner Hintermänner, die nur von Mitgliedern des U. S. D. B. unter schweren Opfern gegründete und fortgeführte Central-Invalidentasse für die Mitglieder des U. S. D. B. der Prinzipalsleitung auszuliefern, auf das Entschiedenste zurück, konstatirt gleichzeitig, daß die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins durch fortgesetztes gewaltthätiges Vorgehen gegen die organisirte Gehilfenschaft und deren humanitäre Kassen den Frieden im Buchdruckgewerbe systematisch zu stören versucht, und erwartet von dem einfachvolleren Theile der Prinzipalschaft, daß er diesem maßlosen, allem Rechtsgesetze höhnsprechenden Treiben seiner Leitung endlich entgegentritt.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. (Bravo!) Hierauf berichtete Herr Faber die Streikabrechnung dahin, daß in der gedruckten Abrechnung die 10. Wochenrate der Seher

des „Vorwärts“ aufzuführen vergessen worden sei. Diese Rate beträgt 180 M.

Herr Rassin, Delegirter zur Streik-Kontrollkommission, gab der Versammlung den gefassten Beschluß der Streik-Kontrollkommission in Sachen der Brauer (Unions-Brauerei) bekannt.

Die Versammlung beschloß:

„In Anbetracht nach Anhörung des Thatsachens, daß die Unions-Brauerei (Hafenstraße) ihrem Personal das Koalitionsrecht in jeder Weise illusorisch macht, sich dem von den Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission einstimmig gefassten Beschluß, den Boykott über die Unions-Brauerei zu verhängen, anzuschließen und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß den Arbeitern dieser Brauerei ihr Koalitionsrecht gewahrt werde.“

Anschließend mehrerer Vorkommnisse wurde den Berliner Buchdruckern ans Herz gelegt, dort, wo Kollegen die Kondition verlassen haben, nicht sofort sich zahlreich anzubieten.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Einigkeit wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Für die Mitglieder sämtlicher Orts-Krankenkassen Berlins fand am 17. d. M. eine öffentliche Versammlung statt, welche das Thema der freien Kassenwahl ventilirte. In einem erschöpfenden Vortrage behandelte Herr Dr. Rubin, prakt. Arzt, die spezielle Frage, ob die freie Kassenwahl bei den Orts-Krankenkassen durchführbar sei. Derselbe erläuterte die unzulängliche Einrichtung des Gewerks-Krankenvereins, mit der sowohl die Kassenmitglieder bzw. Kranken, wie auch die Ärzte berechtigter Weise unzufrieden seien und daß durch diese Einrichtung in sehr vielen Fällen der Zweck des Krankenversicherungsgesetzes, dem armen Arbeiter in Krankheitsfällen auch sorgsame ärztliche Behandlung und Pflege zu sichern, nicht erreicht worden sei. Die Schuld hieran treffe nicht das Gesetz, sondern die Handhabung desselben. Diesen Uebelständen könne vorgebeugt werden durch freie Kassenwahl, die so zu verstehen sei, daß eine Vereinigung von Ärzten sich unter vereinbarten Bedingungen den Krankentassen zur Behandlung ihrer Kranken nach freier Wahl derselben zur Verfügung stelle. Gegner der freien Kassenwahl seien in erster Linie die Kassenvorstände, welche befürchteten, daß die Kosten die Kräfte der Kassen übersteigen würden. In seiner Widerlegung der Gründe gegen die freie Kassenwahl hob der Vortragende besonders hervor, daß viele Kassenvorstände mit der Zeit sogenannte „Kassenmenschen“ würden und den Zweck der Kassen, das Arbeiterwohl, aus den Augen verlieren. In dem Beispiele der alten Maschinenbauer-Krankenkasse vergewaltigte der Vortragende, daß sich die freie Kassenwahl im Verhältnisse nicht theurer stelle; als das System der Zwangsärzte, daß finanzielle Gründe gegen die freie Kassenwahl für die Orts-Krankentassen nicht vorlägen, dieselbe also sehr wohl durchführbar sei und damit allseitige Zufriedenheit erweckt werden würde, ausgenommen höchstens bei einigen Kassenvorständen, welche eine Einbuße ihrer Machtstellung nicht zu verwenden vermöchten. Am Schluß seines Vortrages beleuchtete der Vortragende den sozialpolitischen Werth des Krankenversicherungsgesetzes, zeigte, daß den Arbeitern allein die Verwaltung der Kassen zuzuschreiben, die Hineinziehung der Unternehmer und deren Beitragspflicht ungebührlich sei, sondern letztere lediglich die Pflicht hätten, dem Arbeiter höheren Lohn zu zahlen, damit derselbe seine Kassenbeiträge allein bezahlen könne. Auch sei der Einfluß der Unternehmer auf die Krankentassen den Interessen der Arbeiter nicht entsprechend. Redner empfahl, für die freie Kassenwahl die Agitation mit Eifer und Energie anzunehmen. (Beifall.)

An der Hand statistischen Materials der Alten Maschinenbauer-Krankenkasse veranschaulichte dann der Leiter der Versammlung, Herr Ahmann, den Nutzen der freien Kassenwahl und daß die Kassen bei diesem System nicht schlechter fahren. Die Herren Klitschke (Maurerkasse), Lannhausen (Sattlerkassen), Albert (Neue Maschinenbauer-Krankenkasse), Schmidt (Zischlerkassen), Faber (Goldschmidkassen), Neumann (Neue Maschinenbauerkassen) sprachen sich unter eingehender Würdigung der bestehenden Verhältnisse für freie Kassenwahl und für die Möglichkeit der Durchführung derselben aus, sobald die Mitglieder dies wollen. Andere Vertreter des gleichen Standpunktes verzichteten auf das Wort, um Gegner zum Worte kommen zu lassen. Zu diesen gehörten die Herren Kowalewski (Schuhmacherkassen), Küster (Allgemeine Ortskassen) in Rücksicht auf die weiblichen Kassennmitglieder, Büsche (Klempner), welche letztere für freie Kassenwahl mit Medizineinleitung war. Herr Ahmann widerlegte verschiedene Angriffe auf die Alte Maschinenbauer-Krankenkasse, während Herr Grundmann (Vorsitzender des Naturheilvereins II) seinen diesbezüglichen Standpunkt vertrat. Herr Buschold war ein entschiedener Gegner der angestrebten „freien“ Kassenwahl, die er in der gegebenen Form nicht als solche anerkennen konnte. Herr Ahmann richtete an die Kassennmitglieder das dringende Ersuchen, Alles daran zu setzen, um die Frage der freien Kassenwahl auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlungen zu bringen. Wenn die angestrebte freie Kassenwahl auch noch nicht der idealen freien Kassenwahl entspreche, so sei sie doch ein Schritt dazu. Unter allen Umständen müsse aus dem Gewerks-Krankentassenverein ausgeschieden werden. Mit allen gegen vier Stimmen wurde schließlich eine Resolution angenommen, in welcher sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und sich verpflichteten, dafür Sorge zu tragen, daß in ihren Kassen sobald wie möglich die freie Kassenwahl eingeführt wird.

**Berichtigung.** Laut Bericht über die Versammlung des Wahlvereins im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis vom 12. Juli dieses Jahres ist es lebhaft bedauert worden, daß der Bericht der Metallarbeiter-Versammlung, in welcher der Genosse Singer sprach und von Seiten der „Unabhängigen“ vielfach angegriffen worden ist, noch nicht gebracht wurde. Ich bedauere lebhaft, daß man den Mitgliedern, welche sich in den Gewerkschaftsversammlungen an der Diskussion betheiligten, ihre politische Ueberzeugung zur Charakteristik hinstellt. Ich will in aller erster Linie bemerken, daß diejenigen Kollegen, welche den Antrag in der Weddingpart-Versammlung stellten, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und Mitglieder des 6. Wahlvereins sind; in zweiter Linie will ich bemerken, daß in der Ressource-Versammlung nur Kollegen, d. h. also Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes gesprochen haben, deren Beiträge genau in derselben Weise verwendet werden, wie die der übrigen Mitglieder. Es ist überhaupt, so lange der Verband besteht, noch Niemandem eingefallen, den Kollegen ihre politische Ueberzeugung zum Vorwurf zu machen; es ist also vollständig gleich, ob dieser oder jener Kollege „Unabhängiger“ oder Anarchist ist, für uns giebt es nur „Kollegen“. Ich wünsche, daß in Zukunft derartige Bemerkungen, die nur dazu dienen, daß und Zwiethracht zu sähen, fortlassen. Mit Gruß Gustav Wegener, Berlin N., Reinickendorferstr. 20e, zur Zeit 1. Vorsitzender des Verbandes.

Von der Berliner Unionsbrauerei geht uns folgende Zuschrift zum Bericht über die letzte Versammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission zu:

„In Nr. 105 Ihres Blattes vom 17. Juli bringen Sie eine Nachricht, daß die Berliner Unions-Brauerei durch Beschluß der Streikkommission boykottirt ist, weil der Brauer Feldmeier gemahregelt sein soll.“

Den Beschluß des Boykotts lesen wir zuerst aus Ihrer Zeitung, eine anderweitige Nachricht ist und nicht bekannt. Die Entlassung des Brauers Feldmeier ist richtig, derselbe wurde aber nicht aus dem angegebenen Grunde, sondern darum entlassen, weil er unberechtigter Weise einen Schlüssel zu einem verbotenen Ausgange bei sich führte und von unserem Nachwächter Kroll bei einer Unehellichkeit angehalten wurde, indem er Bier verlorst forttrug und dies dem p. Kroll auch eingeschanden hat.“

